

Die neue türkische Diasporapolitik: ihre Ziele, ihre Grenzen und ihre Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und die Entscheidungsträger in Deutschland

Aydin, Yasar

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Aydin, Y. (2014). *Die neue türkische Diasporapolitik: ihre Ziele, ihre Grenzen und ihre Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und die Entscheidungsträger in Deutschland*. (SWP-Studie, 14/2014). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-400663>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Yaşar Aydın

Die neue türkische Diasporapolitik

Ihre Ziele, ihre Grenzen und ihre Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und die Entscheidungsträger in Deutschland

S 14
September 2014
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

SWP-Studien unterliegen
einem Begutachtungsverfah-
ren durch Fachkolleginnen
und -kollegen und durch die
Institutsleitung (*peer review*).
Sie geben ausschließlich die
persönliche Auffassung der
Autoren und Autorinnen
wieder.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, Berlin, 2014

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Schlussfolgerungen
7	Triebkräfte und zentrale Institutionen der neuen türkischen Diasporapolitik
8	Rückblick – historische Stationen der türkischen Diasporapolitik
10	Die Entwicklung einer transnationalen türkeistämmigen Diaspora
11	Die gesellschaftlichen Machtverschiebungen
12	Die Neuorientierung in der türkischen Außenpolitik
14	Was ist das »Neue« an der neuen Diasporapolitik?
15	Ökonomische, politische und kulturelle Interessen
15	<i>Ökonomische Interessen</i>
16	<i>Politische Interessen</i>
17	<i>Kulturelle Interessen</i>
18	Zentrale Institutionen der neuen türkischen Diasporapolitik
18	<i>Die Türkisch-Islamische Union (DİTİB)</i>
18	<i>Das Amt für Auslandstürken (YTB)</i>
19	<i>Die Yunus-Emre-Kulturzentren (YEKM)</i>
21	Die türkische Diasporapolitik – Folgen, Reaktionen und Kontroversen
23	Konvergenzen und Schnittmengen
24	Diasporapolitik als Konfliktstoff
26	Beschränkte Zugriffsmöglichkeiten der türkischen Regierung
27	Neue Akteure in der türkeistämmigen Diaspora: UETD und CHP
28	Schlussfolgerungen und Implikationen für deutsche Entscheidungsträger
29	Abkürzungen

*Dr. Yaşar Aydın ist Mercator-IPC-Fellow in der Forschungs-
gruppe EU-Außenbeziehungen*

**Die neue türkische Diasporapolitik
Ihre Ziele, ihre Grenzen und ihre Herausforderungen
für die türkeistämmigen Verbände und die Entscheidungsträger in Deutschland**

Warum fällt es hierzulande oft so schwer, das Interesse der türkischen Regierung an den Türkeistämmigen in Deutschland in ausgewogener Weise zu bewerten? Der Grund dafür ist offenbar einerseits die Skepsis vieler Entscheidungsträger in Deutschland gegenüber transnationalen Bindungen von Türkeistämmigen, die als Hindernis für deren Integration in die deutsche Gesellschaft betrachtet werden. Und andererseits gibt es eine verbreitete Sorge vor einer »außengesteuerten Durchdringung« durch den Herkunftsstaat Türkei. Die deutsche Politik lässt sich bei der Beurteilung der türkischen Diaspora und der von Ankara betriebenen Diasporapolitik häufig vom Schreckbild einer »fünften Kolonne« bzw. eines »trojanischen Pferdes« leiten, wodurch die integrativen Komponenten sowohl der Diaspora als Lebensform als auch der Diasporapolitik aus dem Blick geraten. Politische Entscheidungsträger und Institutionen sollten sich von solchen Vorstellungen verabschieden und die Vermittlungs- und Brückenfunktionen transnationaler Bindungen von Türkeistämmigen zur Türkei anerkennen. Das Hauptproblem ist nicht, dass sich die türkische Regierung für die Türkeistämmigen in Deutschland einsetzt, sondern dass sie eine konservative Sozialmoral und eine religiös geprägte kollektive Identität fördert, die nicht nur die Skepsis der deutschen Entscheidungsträger evoziert, sondern zugleich zur Verfestigung kultureller Fragmentierungen der türkeistämmigen Diaspora beiträgt.

Der bisherige Verlauf der deutschen Debatte über das Engagement der türkischen Regierung für die Türkeistämmigen in Deutschland und für deren politische Aktivitäten zeigt, dass die Problematik dringend einer Versachlichung und historischen Einordnung bedarf. Dazu müssen zwei Vorbedingungen erfüllt sein: eine Analyse des Verhältnisses der neuen türkischen Diasporapolitik zu den Integrationsbedürfnissen der deutschen Gesellschaft und zu den Integrationsbemühungen der Türkeistämmigen in Deutschland und eine realistische Einschätzung der Kontroll- und LenkungsKapazitäten der türkischen Regierung. Deshalb werden im Folgenden zunächst die Wurzeln der neuen Diasporapolitik Ankaras

rekapituliert, die soziopolitischen und wirtschaftlichen Triebkräfte hinter dieser Strategie beleuchtet und anschließend die dafür relevanten zentralen Institutionen vorgestellt. Abschließend werden die Reaktionen der türkischen Migrantenorganisationen auf die türkische Diasporapolitik diskutiert.

Egal, um welches Thema es geht, Interventionen türkischer Politiker in Angelegenheiten, die die Türkeistämmigen in Deutschland betreffen, ziehen in den deutschen Medien und in der deutschen Politik in der Regel Kritik auf sich und sorgen für Verstimmungen in den deutsch-türkischen Beziehungen. Entgegen weit verbreiteter Einschätzungen ist das zunehmende Interesse der türkischen Regierung an den Türkeistämmigen in Deutschland keinesfalls konjunkturell bedingt, sondern Teil einer politischen Strategie, die auf den Ausbau und die Stärkung von Diasporaorganisationen und die Erweiterung ihrer Handlungsfähigkeit zielt. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die türkeistämmige Diaspora in Deutschland weiterhin im Fokus Ankaras bleiben wird, woraus sich nicht nur Herausforderungen für die bundesdeutsche Außen-, sondern auch Chancen für die Integrationspolitik ergeben. Was der frühere türkische Premier und jetzige Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan den Türkeistämmigen in Deutschland nahelegt, nämlich die hier gegebenen Bildungschancen besser zu nutzen, sich stärker um den sozialen Aufstieg zu bemühen, aktiv am gesellschaftlichen Leben und auch an der politischen Willensbildung teilzunehmen, ist nur zu erreichen, wenn sich die Angesprochenen moderne Verhaltensdispositionen und einen aufgeschlossenen Habitus zu eigen machen. Die mit diesen Fragen befassten Entscheidungsträger und Institutionen in Deutschland sollten daher offen sein für eine Zusammenarbeit mit der türkischen Diaspora und der türkischen Regierung, und sie sollten gleichzeitig darauf drängen, dass Letztere die Autonomie der Migrantenverbände achtet und mit ihrer Politik die kulturellen Fragmentierungen innerhalb der türkeistämmigen Diaspora in Deutschland nicht weiter verfestigt.

Triebkräfte und zentrale Institutionen der neuen türkischen Diasporapolitik

Mit seinem selbstbewussten Auftritt in Köln im Jahr 2008 hat der damalige türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan in Deutschland eine Welle der Kritik und Entrüstung ausgelöst. In seiner Rede hatte er Assimilation als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«¹ verurteilt und die Türkeistämmigen in Deutschland dazu eingeladen, ihre Bindungen zur Türkei und zur türkischen Kultur aufrechtzuerhalten und sich für die Belange der Türkei einzusetzen. Sein Appell an die Türkeistämmigen, die deutsche Sprache zu lernen, sich politisch zu engagieren und die Chancen des deutschen Bildungssystems besser zu nutzen, wurde jedoch kaum zur Kenntnis genommen. Erdoğan, so das Urteil eines *Spiegel*-Autors, dessen Stimme als durchaus repräsentativ für das Medienecho gelten kann, instrumentalisierte mit seiner »aggressive[n] Diaspora-Politik« die türkeistämmige Gemeinschaft in Deutschland, führe sich als »Ersatzkanzler« auf und gebe vor, »sich für die Integration türkischer Einwanderer und ihrer Kinder in Deutschland einzusetzen«. Tatsächlich bewirke er jedoch das Gegenteil davon.²

Erdoğan's erneuter Auftritt in Köln am 24. Mai 2014 löste ebenfalls heftige Reaktionen unter deutschen Politikern aus. Der Besuch erfolgte offiziell anlässlich des zehnten Jahrestags der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), tatsächlich aber wegen der damals in der Türkei bevorstehenden Wahlen für das Amt des Staatspräsidenten, an denen auch türkische Staatsbürger im Ausland teilnehmen dürfen und zu

denen Erdoğan seine – wie sich inzwischen gezeigt hat, erfolgreiche – Bewerbung bekanntgegeben hatte. Bereits im Jahr 2007 kritisierte Armin Laschet, der frühere Integrationsminister Nordrhein-Westfalens von der CDU, das Vorhaben der türkischen Regierung, den türkischen Staatsbürgern im Ausland das Wahlrecht zuzuerkennen, als »integrationspolitisch schädlich«.³ Wie ist dieses zunehmende Interesse der Regierung in Ankara an den Türkeistämmigen in Deutschland und die Kritik, die sie damit in Deutschland auslöst, zu erklären? Welche Gründe, Motive und Triebkräfte lassen sich für dieses Interesse und für die Skepsis auf deutscher Seite identifizieren?

Die neue türkische Diasporapolitik muss im Zusammenhang mit drei Entwicklungen gesehen werden: *erstens* mit der Entstehung einer transnationalen Diaspora in Deutschland, in anderen europäischen Staaten und in den USA. Die türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland kann als eine »Diaspora« angesprochen werden, weil deren Mitglieder sich bezüglich ihrer Identität, ihrer Lebensform und aufgrund der erfahrenen und gefühlten Benachteiligung von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Das Engagement und die Strategie der türkischen Regierung gegenüber der türkeistämmigen Gemeinschaft in Deutschland lassen sich als »Diasporapolitik« bezeichnen, weil sie auf den Ausbau und die Stärkung der türkischen Vereine und Organisationen und die Erweiterung ihrer Handlungsfähigkeit zielen.⁴ Die neue türkische Diasporapolitik steht *zweitens* im Zusammenhang mit der Etablierung einer neuen Staatselite und der Durchsetzung eines neuen Modernitätsdiskurses und muslimischen Nationsverständnisses in der Türkei. *Drittens* muss

1 »Erdoğan's Rede erzürnt deutsche Politiker«, in: *Die Welt*, 28.2.2011. Zum Thema Assimilation hatte Erdoğan unter anderem Folgendes gesagt: »Ich verstehe die Sensibilität, die Sie gegenüber Assimilation zeigen, sehr gut. Niemand kann von Ihnen erwarten, Assimilation zu tolerieren. Niemand kann von Ihnen erwarten, dass Sie sich einer Assimilation unterwerfen. Denn Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie sollten sich dessen bewusst sein«, zitiert nach »Das sagte Ministerpräsident Erdogan in Köln«, in: *Die Welt*, 11.2.2008, <www.welt.de/debatte/article1660510/Das-sagte-Ministerpraesident-Erdogan-in-Koeln.html> (Zugriff am 9.1.2014). Erdoğan's Assimilationsunterstellung richtet sich gegen die deutsche Integrationspolitik, die dem Türkeibezug der Türkeistämmigen in Deutschland kritisch gegenübersteht.

2 Maximilian Popp, »Ersatzkanzler in Ankara«, in: *Der Spiegel*, (2013) 19, S. 36–37.

3 Auch der türkeistämmige Politiker Cem Özdemir von den Grünen hält ein »Auslandswahlrecht« für Türkeistämmige in zweiter und dritter Generation für »kaum förderlich, [um] in der Moderne anzukommen«, siehe »Warum das Heim-Wahlrecht der Türken die Integration behindert«, *Spiegel online*, 28.3.2007, <www.spiegel.de/politik/ausland/diaspora-warum-das-heim-wahlrecht-der-tuerken-die-integration-behindert-a-474170.html> (Zugriff am 18.4.2013).

4 Johann Heiss/Maria Six-Hohenbalken, »Diaspora«, in: F. Kreff u.a., *Lexikon der Globalisierung*, Bielefeld 2011, S. 44f.; Alan Gamlen, *Diaspora Engagement Policies. What Are They, and what Kinds of States Use Them*, Oxford: University of Oxford, Centre on Migration, Policy and Society, 2006.

die neue Diasporapolitik in den Kontext der außenpolitischen Neuorientierung der Türkei eingeordnet werden, zu der es ohne die gesellschaftlichen Machtverschiebungen womöglich nicht gekommen wäre.

Bevor jedoch auf die zentralen Triebkräfte und Interessen der aktuellen Diasporapolitik eingegangen wird, soll ein Rückblick die frühen Etappen dieser Strategie beleuchten.

Rückblick – historische Stationen der türkischen Diasporapolitik

Die Türkei förderte ab den 1960er Jahren die Migration ihrer Bürger nach Europa, unter anderem, um den eigenen Arbeitsmarkt zu entlasten und auf diesem Wege möglichen soziopolitischen Spannungen vorzubeugen. Die Regierung in Ankara ging damals davon aus, dass die »Gastarbeiter« nach einigen Jahren Aufenthalt in Westeuropa mit neuen Fertigkeiten und Qualifikationen in die Türkei zurückkehren und so zur Linderung des Fachkräftemangels beitragen würden.⁵ Mit einer eher defensiven Lenkungs- und Identitätspolitik versuchten die türkischen Regierungen in jenen Jahren, die Bindungen der Arbeitsmigranten an ihr Heimatland und ihre Loyalität zum türkischen Staat zu konservieren und zu stärken. Es galt zu verhindern, dass sich die im Ausland arbeitenden Bürger an die jeweiligen Landeskulturen assimilierten und mit der Türkei und der »türkischen Kultur« brachen. Da in jener Phase auch die deutschen Regierungen mit einer Rückkehr der türkischen Arbeitskräfte und ihrer Familien rechneten, wirkten sie diesem Herkunftslandbezug nicht entgegen.

Bis in die 1980er Jahre konzentrierte sich der türkische Staat bei der Betreuung türkeistämmiger Arbeitsmigranten auf fachliche Beratung bei Renten- und anderen sozialen Angelegenheiten in den türkischen Konsulaten durch eigens dafür eingestellte Sozialattachés. 1984 wurde in Köln die Türkisch-Islamische Union des staatlichen Amtes für Religionsangelegenheiten (DİTİB) als Verein eingetragen. Damit erweiterte Ankara sein Dienstleistungsportfolio gegenüber den in Deutschland lebenden Türken um die Fürsorge für die Pflege der religiösen Praxis.

Die wirtschaftliche Dimension der türkischen Lenkungs- und Identitätspolitik bestand in erster Linie

darin, die in Deutschland arbeitenden Staatsbürger dazu zu motivieren, ihre Ersparnisse im Heimatland zu investieren.

Die späten 1970er Jahre markieren einen Wandel in der Wahrnehmung der türkeistämmigen Arbeitsmigranten auf Seiten der türkischen Politik. Zum einen drang ins Bewusstsein, dass die »Gastarbeiter« in den verschiedenen europäischen Staaten auf Dauer präsent bleiben würden, als diese ihre verbliebenen Familienmitglieder nachholten statt in die Türkei zurückzukehren. Zum anderen setzte sich aufgrund von Devisentransfers, die damals einen beachtlichen Anteil des türkischen Bruttosozialprodukts ausmachten, die Erkenntnis durch, dass die fortwährende Niederlassung von Türkeistämmigen in den europäischen Einwanderungsländern für die Türkei vorteilhafter sein könnte als ihre Rückkehr.

Eine noch wichtigere Zäsur stellt das Jahr 1982 dar: Mit einem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz gestand die Regierung in Ankara türkischen Staatsangehörigen den Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit (doppelte Staatsbürgerschaft) zu. Darüber hinaus bekamen die Ziele und Selbstverpflichtungen der »Diasporapolitik«, nämlich die Belange der Türkeistämmigen im Ausland zu vertreten und deren Bindungen an die Türkei zu stärken, Verfassungsrang.⁶

In den 1980er Jahren verschob sich der Fokus des türkischen Staates in der Frage der Arbeitsmigranten von wirtschaftlichen hin zu politischen Gesichtspunkten. Dies wurde an zwei neuen Aktionsfeldern sichtbar.⁷ Zum einen etablierte die türkische Regierung eine Praxis der koordinierten Interessenvertretung gegenüber den jeweiligen Residenzstaaten, den Kommunen und lokalen staatlichen Institutionen. Zum anderen mobilisierte sie nun die türkischen Staatsangehörigen im Ausland bei Angelegenheiten, die die »nationalen Interessen« der Türkei betrafen, und bemühte sich, die Migranten in ihre Auseinandersetzung mit islamistischen, kurdisch-nationalistischen und linksradikalen Gruppierungen einzuspannen, die ihrerseits – das gilt vor allem für die linksradikalen Kräfte und die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – mit

⁵ Sabri Sayarı, »Migration Policies of Sending Countries«, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, (1986) 485, S. 87–97.

⁶ O. Can Ünver, »Changing Diaspora Politics of Turkey and Public Diplomacy«, in: *Turkish Policy Quarterly*, 12 (2013) 1, S. 183 und S. 184. Siehe auch ders., *35 Jahre Zeitzeuge der Migration und der Bürokratie* (türkisch), Ankara 2008.

⁷ Özge Bilgili/Melissa Siegel, *Understanding the Changing Role of the Turkish Diaspora*, Maastricht: United Nations University/Maastricht Economic and Social Research Institute on Innovation and Technology (UNU-MERIT), September 2010 (UNU-MERIT Working Paper Series 39/2011).

den von ihnen kontrollierten Vereinen versuchten, die Türkeistämmigen gegen den Militärputsch vom 12. September 1980 in Stellung zu bringen. Zu diesem Zweck förderte die Regierung in Ankara in den späten 1980er Jahren den Aufbau von Koordinierungsräten, die sozusagen als Dachverbände der nationalistisch-religiösen und konservativen Vereine sowie der ultranationalistischen, der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) nahestehenden *Idealisten-Vereinigungen* fungierten. Damit sollten all jene Kräfte gebündelt werden, die bereit waren, den »nationalen Interessen« der Türkei in Deutschland durch Beeinflussung der bundesrepublikanischen Politik Geltung zu verschaffen. Während die Institution der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) eine eher neutrale Position einnahm, bestand etwa die »Öffentlichkeitsarbeit« der PKK-nahen Organisationen in Deutschland und anderen europäischen Staaten unter anderem darin, die dortigen Entscheidungsträger in kurdenfreundlichem Sinne zu beeinflussen. Zu diesem Zweck schmiedeten sie Bündnisse mit deutschen Parteien und politischen Gruppierungen.⁸ In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren ging es der Türkei also hauptsächlich darum, jene Bestrebungen der PKK und anderer links-radikaler Gruppierungen abzuwehren, die sich auf die »Unterminierung« der Loyalität gegenüber dem Staat richteten.

In den 1990er Jahren wurde im türkischen Sprachgebrauch die Bezeichnung »Euro-Türken«⁹ (»Avrupa Türkleri«) geläufig. Darin kam zum Ausdruck, dass die Tatsache des permanenten Aufenthalts von Türkeistämmigen im europäischen Ausland nun allseits anerkannt wurde. Institutionell ging dieser Paradigmenwechsel mit der Gründung des Ausschusses für Staatsbürger im Ausland einher.¹⁰ Zwei Ziele bzw. Vorsätze waren für die türkische Diasporapolitik in diesem Jahrzehnt zentral: die erfolgreiche Integration aller Türkeistämmigen in die jeweiligen Aufnahmeländer und die Unterstützung der Migranten bei ihrer Forderung nach kulturellen Rechten. Die Vorstellung der türkischen Regierung von »Integration« war jedoch sehr eng. Sie beschränkte sich in den 1980er und 1990er Jahren darauf, dass die Türkeistämmigen in

die Sozialstruktur der Einwanderungsstaaten eingegliedert sein sollten, eine Angleichung an die Landeskultur oder Anpassung an die jeweiligen nationalen Wertvorstellungen und Traditionen wurde weiterhin abgelehnt. Auf eine sozialpolitische Integration legte die türkische Diasporapolitik Wert, weil sich in Politik und Bürokratie der Türkei die Erkenntnis durchgesetzt hatte, dass ein Mangel an Anpassung in diesem Bereich die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Türkei in der Europapolitik einengen und zu zwischenstaatlichen Spannungen mit den Zielländern führen würde.¹¹ Vor diesem Hintergrund appellierte 1995 der damalige Staatspräsident Süleyman Demirel an die Türkeistämmigen in Europa, die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Staates zu erwerben. Ein Jahr später senkte Ankara die rechtlichen Hürden für den Austritt aus der türkischen Staatsbürgerschaft.¹²

Alles in allem bewegte sich die türkische Diasporapolitik in den 1990er Jahren vor allem auf drei Handlungsfeldern: Erstens war sie auf die Bekämpfung sicherheitsgefährdender Aktivitäten von »extremistischen« bzw. »radikalen« politischen Organisationen ausgerichtet. Dabei setzte sie stark auf die Koordinierungsräte, die wegen ihrer strikten Orientierung an der türkisch-nationalen Kultur und Ablehnung einer »eigenständigen deutsch-türkischen Kultur« in der deutschen Öffentlichkeit kritisiert wurden. Zweitens sollte die Diasporapolitik dazu dienen, den Forderungen der Türkeistämmigen gegenüber dem jeweiligen Zielland Nachdruck zu verleihen. Und drittens schließlich war es ihre Aufgabe, den Einfluss auf die in Deutschland (und anderen europäischen Staaten) lebenden Türken und deren Organisationen nicht zu verlieren. In den 1990er Jahren verlagerte sich der Aufmerksamkeitsschwerpunkt der Migrantenvereine von einer Herkunftsorientierung hin zu migrations-spezifischen Themen, ohne dass das Interesse am Heimatland erloschen wäre. Dies zeigt sich beispielsweise in den Appellen der Islamischen Gemeinde Milli Görüş (IGMG) an ihre Anhänger, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, die deutsche Sprache zu

⁸ Canan Atilgan, *Türkische Diaspora in Deutschland. Chance oder Risiko für die deutsch-türkischen Beziehungen*, Hamburg 2002, S. 219.

⁹ Ayhan Kaya/Ferhat Kentel, *Euro Turks: A Bridge or a Breach between Turkey and the European Union*, Brüssel 2005.

¹⁰ Offizielle Internetseite der YTB, <www.ytb.gov.tr/index.php/yurtdisi-vatandaslar-danisma-kurulu.html> (Zugriff am 4.2.2014).

¹¹ Atilgan, *Türkische Diaspora* [wie Fn. 8], S. 153f und S. 166ff.

¹² Mit dem Gesetz Nr. 4112 vom 7.6.1995 wurden ehemaligen türkischen Staatsbürgern, die mit amtlicher Erlaubnis aus der türkischen Staatsangehörigkeit ausgetreten waren, in Angelegenheiten des Aufenthalts, des Erwerbs von Immobilien etc. Rechte zugestanden, die Nichtstaatsbürgern verwehrt werden.

erlernen und sich an der deutschen Politik zu beteiligen.¹³

Die Entwicklung einer transnationalen türkeistämmigen Diaspora

Im Jahr 1961 wurde zwischen Deutschland und der Türkei ein Abkommen zur Anwerbung von türkischen Arbeitskräften abgeschlossen, das für beide Staaten unvorhergesehene Folgen hatte, weil dadurch Migrationsbewegungen einsetzten, die bis heute anhalten.¹⁴ Später folgten ähnliche Anwerbeabkommen mit Belgien, Österreich (1964), den Niederlanden (1967) und Frankreich (1973). Ab den 1970er Jahren suchten türkische Arbeiter sodann auch nach Beschäftigungsmöglichkeiten in arabischen Staaten, und mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion öffnete sich mit Russland, der Ukraine, den Turkrepubliken und später Rumänien und Polen eine weitere Zielregion für türkische Arbeitsmigranten.¹⁵ Heute leben mehr als fünf Millionen türkische Staatsbürger außerhalb der Türkei: etwa vier Millionen in Westeuropa, 300 000 in Nordamerika, 200 000 im Mittleren Osten und 150 000 in Australien.¹⁶

Deutschland ist weltweit das Land mit den meisten Türkeistämmigen. Zwischen 1961 und den 1990er Jahren kamen über vier Millionen Menschen aus der Türkei nach Deutschland, von denen etwa die Hälfte wieder in das Land am Bosphorus zurückkehrte. Von den drei Millionen Türkeistämmigen in Deutschland

sind laut *Migrationsbericht 2012* etwa 1,6 Millionen türkische Staatsangehörige, etwa 1,4 Millionen besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit.

In dem halben Jahrhundert hat sich das Profil der Mobilität zwischen Deutschland und der Türkei stark gewandelt. Das aktuelle deutsch-türkische Migrationsgeschehen besteht nicht nur aus Familienmigration, die in den letzten Jahren an Bedeutung verloren hat, und Pendelmigration deutscher wie türkeistämmiger Pensionierter. Es finden auch viel mehr Geschäfts- und Urlaubsreisen und temporäre Wanderungen von Studenten, Wissenschaftlern und sonstigen Hochqualifizierten in beide Richtungen statt. Diese immense Intensivierung und Diversifizierung des Austauschs ist nur ein Kennzeichen der Transnationalisierung, die die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei in der Vergangenheit erfahren haben. Die Transnationalität kommt in den bikulturellen Orientierungen, in den Doppelidentitäten und Doppelloyalitäten von Türkeistämmigen in Deutschland zum Ausdruck, aber auch in deren Aktivitäten, die sich auf beide Länder beziehen. Diese Entwicklung ist begünstigt worden durch die aktuellen Globalisierungsprozesse im Allgemeinen, die neuen Kommunikations- und Verkehrsmöglichkeiten und durch die Ausweitung bürgerlicher, sozialer und politischer Rechte auf die Migranten.

In Deutschland hat sich eine türkeistämmige transnationale Diaspora herausgebildet, in der soziale, kulturelle und politische Elemente aus der Türkei weiter wirken und sich mit hiesigen Elementen vermischen und beide Gesellschaften und politische Systeme beeinflussen. Dabei spielen die türkischen Medien mit ihren Deutschland- und Europa-Redaktionen eine wichtige Transmissionsrolle. Sie bilden quasi eine »Zwischenwelt« deutsch-türkischer Beziehungen. Dies ist vor dem Hintergrund, dass die Interessen der Türkeistämmigen in den deutschen Medien wenig behandelt und bedient werden, besonders wichtig. Eine nicht zu vernachlässigende Vermittlerfunktion im Kommunikationsprozess zwischen Einheimischen und Türkeistämmigen übernehmen auch die migrantischen Selbstorganisationen, die zumeist transnational ausgerichtet sind. Die Türkeistämmigen prägen mit ihren wirtschaftlichen, soziopolitischen und kulturellen Aktivitäten nicht nur die Gesellschaft und Politik in Deutschland nachhaltig mit, sondern auch einen Teil der deutsch-türkischen und der EU-Türkei-Beziehungen. Doch welche Identitätsmerkmale lassen sich ausmachen, die berechtigen, von einer »türkeistämmigen Diaspora« zu sprechen?

13 Oğuz Üçüncü (zum Zeitpunkt des Interviews Generalsekretär der IGMG) betont, dass der Schwerpunkt der Arbeit der IGMG in Deutschland liege, obwohl weiterhin Interesse an der Türkei bestehe: »Ich muss eine vitale Beziehung zu meiner Heimat haben. Es gibt nach wie vor viele Dinge, die mich betreffen, auf die ich Einfluss nehmen möchte« (Interview am 29.10.2013). Andere Dachverbände machten ähnliche Entwicklungen durch. Vgl. auch Betigül E. Argun, *Turkey in Germany: The Transnational Sphere of Deuschkei*, New York/London 2003.

14 Zuvor gab es eine Arbeits- und Bildungsmigration während des Ersten Weltkriegs aus dem Osmanischen Reich in das Deutsche Kaiserreich sowie eine Exil- und Hochqualifizierten-Migration während des Nationalsozialismus aus Deutschland in die Türkei.

15 Ahmet İcduygü/Deniz Sert, *Länderprofil Türkei*, Hamburg/Bonn, April 2009 (Focus Migration 5/2009), <<http://focus-migration.hwwi.de/Tuerkei-Update-04-2.6026.0.html>> (Zugriff am 22.8.2014).

16 Republic of Turkey, Ministry of Foreign Affairs, *Turkish Citizens Living Abroad* (online), <www.mfa.gov.tr/the-expatriate-turkish-citizens.en.mfa> (Zugriff am 13.1.2014).

Jenseits klassischer Verwendungen bezeichnet der Begriff »Diaspora« heute ethno-kulturelle oder religiöse Gruppen, die aus verschiedenen Gründen außerhalb ihrer angestammten Länder leben. Diaspora sind »Teil und Teilhaber jener transnationalen Netzwerke, in denen das soziale Leben gleichzeitig ›hier‹ und ›dort‹ kontextualisiert wird«, in denen »doppelte Loyalitäten und multiple Identitäten ausgebildet und gegen die nationalstaatlichen Identitätsvorgaben behauptet« werden.¹⁷ Vier Merkmale sind konstitutiv für Diaspora:

- a) *Dispersion*: Ausbreitung außerhalb des Ursprungs-territoriums;
- b) *Rückbesinnung*: Bindung an das Herkunftsland und Identifikation mit diesem;
- c) *Gemeinschaftsgefühl*: kollektive Erfahrung des Ausschlusses und der Diskriminierung im Gastland;
- d) *Exterritorialität*: eine kollektive Identität, die nicht mehr notwendigerweise an die Zugehörigkeit zu einem spezifischen territorialen Lebensbereich gebunden sein muss.¹⁸

Die Türkeistämmigen in Deutschland zeichnen sich durch eine von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidbare Identität aus. Sie halten intensive und dauerhafte Beziehungen zur Türkei aufrecht und verfügen über einen hohen Organisationsgrad. Wenngleich sie in die öffentliche Meinungsbildung in Deutschland nicht vollständig eingebunden sind, werden sie doch von den politischen Parteien inzwischen als Zielgruppe stärker wahrgenommen als in der Vergangenheit. Das berufliche Spektrum der türkeistämmigen transnationalen Diaspora in Deutschland ist keinesfalls homogen. Es reicht vom erfolgreichen Unternehmer über Akademiker, Künstler, Fach- und Hilfsarbeiter, Rentner bis zum Arbeitslosen.

Die gesellschaftlichen Machtverschiebungen

Die Türkei ist seit mehr als einem Jahrzehnt einem Wandlungsprozess ausgesetzt, der schon jetzt mit deutlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverschiebungen einhergegangen ist. 2001 hatte die Dreierkoalition aus Demokratischer Linkspartei (DSP), Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) und Mutterlandspartei (Anap) unter

Ministerpräsident Bülent Ecevit einen Reformkurs eingeschlagen, den die AKP-Regierung fortgeführt hat. Tiefgreifende Gesetzesänderungen näherten die politischen Institutionen, das Wirtschafts- und das Rechtssystem der Türkei an die EU-Standards an und trugen zu einer weiteren Demokratisierung und Pluralisierung des Landes bei. Dies verschaffte der Türkei Ansehen und erhöhte das Vertrauen Dritter ihr gegenüber, was wiederum zur Folge hatte, dass die Türkei ihre wirtschafts- und außenpolitischen Handlungsspielräume erweitern konnte. Im letzten Jahrzehnt stiegen die ausländischen Direktinvestitionen enorm an, die gesamte Wirtschaftsleistung¹⁹ legte zu und die Türkei wurde zu einem Zuwanderungsland.

Die AKP-Regierung konnte diese Entwicklungen als Erfolg für sich verbuchen und daraus Legitimität für ihren Kampf gegen den säkular-nationalen Machtblock beziehen, zu dem die Militärs und die Angehörigen der Bürokratie und der Justiz zählen. Die Partei gewann hintereinander drei Parlamentswahlen (2002, 2007, 2011) und drei landesweite Kommunalwahlen (2004, 2009, 2014) und erhöhte dabei – außer 2009 – jedes Mal ihren Stimmenanteil. Im Jahr 2007 war die AKP bereits stark genug, den Militärs sogar in einer offenen Konfrontation standzuhalten, als diese versuchten, mit einem Internet-Memorandum die Regierung unter Druck zu setzen und zum Kompromiss bei der Wahl des Staatspräsidenten zu bewegen. Die AKP-Führung beschloss vorgezogene Parlamentswahlen, aus denen sie als klare Siegerin hervorging (Juli 2007) und ließ im neuen Parlament ihren Kandidaten Abdullah Gül zum Staatspräsidenten wählen. Im Jahr 2008 konnte die AKP einen Verbotsantrag abwehren, 2010 ein Referendum zur Verfassungsänderung und 2011 einen weiteren Machtkampf mit der Armeeführung gewinnen. Mit dem Referendum gelang es der AKP-Regierung bereits 2010, eine Gesetzesänderung zur Umstrukturierung des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte durchzusetzen und den Widerstand der Justiz zu brechen. Schritt für Schritt konsolidierte die AKP ihre Hegemonie gegen die alten kemalistisch-laizistischen Eliten und Institutionen.

Der Aufstieg einer neuen Machtelite und einer neuen konservativen Unternehmerschicht war die Voraussetzung für die Kehrtwende in der Außenpoli-

¹⁷ Helmuth Berking, »Homes away from Home«: Zum Spannungsverhältnis von Diaspora und Nationalstaat«, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 10 (2000) 1, S. 49–60 (53).

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Bezüglich relevanter Wirtschaftsdaten vgl. *Das Statistik-Portal* (online), <<http://de.statista.com/>>.

tik in den späten 2000er Jahren.²⁰ Begleitet und legitimiert wurde der »Machtwechsel« mit dem Konzept einer »multiplen Modernität« und einem von geopolitischen Ambitionen zeugenden und vor allem im Ausland als »neo-osmanisch« etikettierten Diskurs. Die neo-osmanische Haltung kommt exemplarisch in jener Rede Erdoğans zum Ausdruck, die er im Anschluss an die Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 gehalten hat. Darin stellte er den Wahlsieg der AKP als einen »Sieg der Muslime« dar und sandte Grüße an Länder und Städte, die einst dem Osmanischen Reich angehörten: »Heute haben sowohl Istanbul als auch Sarajewo gewonnen, sowohl Ankara als auch Damaskus gewonnen, sowohl Diyarbakır als auch Ramallah gewonnen, als auch Nablus, Dschenin, das Westjordanland, Jerusalem und der Gazastreifen.«²¹ Eine ähnliche Tendenz hatte auch die Rede des türkischen Außenministers Ahmet Davutoğlu auf der Konferenz »Osmanisches Erbe und muslimische Gemeinschaften auf dem heutigen Balkan« in Sarajewo: »Was ist die Türkei?«, fragte Davutoğlu dort und lieferte die Antwort gleich selbst: »Die Türkei ist Kleinbalkan, Klein-Mittlerer-Osten, Klein-Kaukasus. Bei uns leben mehr Bosnier als in Bosnien, mehr Albaner als in Albanien, mehr Tschetschenen als in Tschetschenien, mehr Abchasen als in Abchasien. Wie ist das möglich? Das osmanische Erbe macht es möglich.«²² Der Neo-Osmanismus lässt sich mit dreierlei erklären: Er bietet einen alternativen Referenzrahmen gegenüber dem Kemalismus; er übt eine motivierende Wirkung im Inland aus und flankiert die außenwirtschaftliche Öffnung und expansive Exportpolitik der Türkei ideologisch.²³

Die Betonung multipler – geographischer, historischer und religiöser – Identitäten der Türkei durch die Staatseliten ging mit der Propagierung eines muslimischen Nationalismus einher, der nicht primär auf Rasse und Sprache basiert, sondern sich an einer historischen türkisch-osmanischen Identität orientiert. Dieser »muslimische Nationalismus« ermöglicht

einerseits, andere Identitäten wie etwa die kurdische anzuerkennen, die in der türkischen Öffentlichkeit lange Zeit ignoriert und unterdrückt wurden. Und andererseits stärkt das »muslimische Nationsverständnis«, das in der breiten Bevölkerung anschlussfähiger ist als der Kemalismus, eine religiös motivierte, exklusive gruppeninterne Solidarität und fördert eine affirmative Haltung gegenüber der staatlichen Autorität.²⁴ Die Betonung des »gemeinsamen historischen und kulturellen Erbes« macht es für Ankara darüber hinaus einfacher, sich den muslimischen Nachbarn und »verwandten Gemeinschaften« zuzuwenden. Die neue türkische Diasporapolitik mit ihrem Fokus auf die Türkeistämmigen in Europa geht also mit einer Außenpolitik einher, die die Beziehungen zu den Muslimen auf dem Balkan, im Kaukasus und zu den Turkvölkern intensivieren will.

Die Neuorientierung in der türkischen Außenpolitik

Die »neue« Diasporapolitik der Türkei ist unter anderem eine Folge der erwähnten außenpolitischen Neuorientierung, bei der es sich keinesfalls nur um eine Prioritätenverschiebung handelt, die in der »Kontinuität des außenpolitischen türkischen Aktivismus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts« stünde.²⁵ Wenn gleich sich das verstärkte außenpolitische Engagement in der Region und das umstrittene Konzept der »strategischen Tiefe« in die Tradition der türkischen Außenpolitik als Umsetzung nationaler Interessen einreihen, stellt das Projekt des Außenministers Davutoğlu zugleich in vierfacher Hinsicht einen »Bruch mit der kemalistischen Tradition« dar.²⁶ Denn die türkische Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg war von vier Konstanten geprägt, die unter der AKP-Regierung revidiert wurden:

1. die außen- und sicherheitspolitische Anbindung an das westliche Bündnis- und politische System (*Westbindung*);

²⁰ Für eine ausführliche Diskussion innenpolitischer Dynamiken der außenpolitischen Neuorientierung und zum Aufstieg neuer Akteure siehe Günter Seufert, *Außenpolitik und Selbstverständnis. Die gesellschaftliche Fundierung von Strategie- und Politikwechseln in der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2012 (SWP-Studie 11/2012).

²¹ Siehe *Hürriyet*, 13.6.2011, <www.hurriyet.com.tr/gundem/18015912.asp> (Zugriff am 23.3.2014).

²² Zitiert nach Baskın Oran, *Die türkische Außenpolitik* (türkisch), Bd. 3: 2001–2012, Istanbul 2013, S. 199.

²³ Ebd., S. 198.

²⁴ Jenny White, *Muslim Nationalism and the New Turks*, Princeton: Princeton Univ. Press, 2013.

²⁵ Gülistan Gürbey, »Wandel in der türkischen Außenpolitik unter der AKP-Regierung?«, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 50 (2010) 2, S. 16–27 (26).

²⁶ Heinz Kramer, »Zwischen Tradition und Neuorientierung: Die Außenpolitik«, in: ders., *Türkei*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2011, S. 55 (Informationen zur politischen Bildung 313).

2. Distanz zu den Nachbarstaaten aufgrund von belasteten Beziehungen wegen der osmanischen Vergangenheit (*regionale außenpolitische Abstinenz*);
3. absoluter Vorrang der Sicherung der territorialen und gesellschaftlichen Grundlagen der Türkischen Republik (*sicherheitsparadigmatische Orientierung*);
4. Bestimmung der außenpolitischen Leitlinien durch die türkischen Militärs unter Einschluss hoher Bürokraten (*militärische Bevormundung*).²⁷

Verantwortlich für den Wandel in der türkischen Außenpolitik, der bereits nach dem Ende des Kalten Krieges einsetzte, waren globale Machtverschiebungen, die Auflösung des Ostblocks und Globalisierungsprozesse, die auch die Türkei erfassten. Vier Entwicklungen waren in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung:

1) Vom Flanken- zum Frontstaat: Mit der Anbindung an das westliche Militärbündnis erkannte die Türkei die »Schutz- und Vormachtrolle der USA als unumstrittener westlicher Führungsmacht« an. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, das Davutoğlu als geopolitisches »Erdbeben«²⁸ bezeichnet, schwand das Gewicht der Türkei als »Südostpfeiler der NATO« und ihre geostrategische Bedeutung erreichte einen Tiefpunkt, worauf Ankara mit einer verstärkten Hinwendung zu den neugegründeten Turkstaaten Zentralasiens reagierte.

2) Außenpolitischer Aktivismus: In der Ära Turgut Özal (1983–1993) änderte die türkische Regierung ihre traditionell passive und eindimensionale Außenpolitik zugunsten einer aktiven und multidimensionalen Außenpolitik, mit der gleich mehrere Ziele auf verschiedenen Feldern verbunden waren: durch eine multilaterale Wirtschaftskooperation im regionalen Umfeld wollte sie die ökonomischen Beziehungen zu den Nachbarn vertiefen; in der regionalen und internationalen Politik sollte sich die Türkei als führende Macht etablieren und rund um das Land sollte ein Gürtel der Sicherheit, Stabilität und des Wohlstands entstehen, ohne »die Priorität der strategischen Partnerschaft mit dem Westen« aufzugeben.²⁹

3) Erweiterung des außenpolitischen Radius: Auf den Zusammenbruch des Ostblocks und die Auflösung

der Sowjetunion und Jugoslawiens reagierte die Türkei mit einer Erweiterung ihres außenpolitischen Aktionsradius. Das Ziel war die Neuordnung der Beziehungen zu den Staaten im Kaukasus, im Nahen Osten, in Osteuropa, in Zentralasien und auf dem Balkan. In der Amtszeit von Ahmet Davutoğlu wurde auch Nordafrika noch in diesen primären Wirkungsbereich einbezogen.

4) Entdeckung der Brücken- und Modellfunktion:

Mit dem Erstarken des politischen Islams und in der Folge der Terrorangriffe vom 11. September 2001 wurde die Türkei immer stärker als Brücke zwischen Orient und Okzident, zwischen dem Islam und dem Westen wahrgenommen und als Modell für die Vereinbarkeit von Demokratie und Islam gefeiert.³⁰

Seit dem Amtsantritt von Ahmet Davutoğlu im Mai 2009 haben sich die Parameter der türkischen Außenpolitik ein weiteres Mal deutlich verschoben. »Strategische Tiefe« und »Null-Probleme mit den Nachbarstaaten«³¹ sind die Schlüsselbegriffe dieser multidimensionalen Außenpolitik, die nicht nur mit einem neuen nationalen Selbstverständnis einhergeht, sondern nun auch von der Maxime der ökonomischen Rationalität geleitet ist und von einer exportorientierten Wirtschaftspolitik begleitet wird (*Primat der Wirtschaft*)³². Das Konzept der »Strategischen Tiefe« stützt sich unter anderem auf vier Prinzipien:

1. Betonung der *multiplen Identitäten* der Türkei, die sich aus unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten, Geschichtserfahrungen und geographischen Besonderheiten ergeben.³³
2. *Proaktivität* und *Multidimensionalität* als wesentliche Leitlinien der Außenpolitik gegenüber den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas und

³⁰ So auch der türkische Ex-Außenminister und Ex-Ministerpräsident Mesut Yılmaz in einem Interview mit dem *Eurasischen Magazin* vom 6.3.2003: »Wir, die Türken, bringen nun ein neues Element ein. Wir kennen Europa, denn wir sind Teil seiner Geschichte gewesen und werden es demnächst auch wieder sein, wenn auch auf eine wesentlich friedlichere Art. Wir kennen aber auch Asien und damit erfüllen wir eine Brückenfunktion, auf die die EU nicht verzichten sollte. Dies ist unsere eurasische Aufgabe«; *Eurasisches Magazin* (online), 25.6.2003, <www.eurasischesmagazin.de/artikel/Wir-Tuerken-erfuellen-eine-Brueckenfunktion-das-ist-unsere-eurasische-Aufgabe/60603> (Zugriff am 16.1.2014).

³¹ Ahmet Davutoğlu, *Strategische Tiefe: Internationale Position der Türkei* (türkisch), Istanbul 2005.

³² Kemal Kirişçi, »The Transformation of Turkish Foreign Policy: The Rise of the Trading State«, in: *New Perspectives on Turkey*, (2009) 40, S. 29–57.

³³ Heinz Kramer, »The Future of Turkish-Western Relations«, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 53 (2013) 1, S. 57–72 (60).

²⁷ Gürbey, »Wandel in der türkischen Außenpolitik« [wie Fn. 25], S. 18.

²⁸ Ahmet Davutoğlu, »The Three Major Earthquakes in the International System and Turkey«, in: *The International Spectator: Italian Journal of International Affairs*, 48 (Juni 2013) 2, S. 1–11 (2).

²⁹ Gürbey, »Wandel in der türkischen Außenpolitik« [wie Fn. 25], S. 19.

Asiens. Mit anderen Worten, die Beziehungen zu diesen Regionen sollen auf vielfältigen Ebenen vertieft und gepflegt werden, von der Wirtschaft über Sicherheitsfragen bis hin zur Geostrategie.

3. *Präsenz bei Konfliktbewältigung*, die in der Rolle der Türkei als Vermittler zwischen Konfliktparteien zum Ausdruck kommen soll. Flankiert wird dieser Anspruch von einer liberalen Visapolitik und Einreiseregulierung für Bürger der Staaten in der Region.
4. Betrachtung der *Zivilgesellschaft* und der Wirtschaft als Adressaten der Außenpolitik.

Die Neuorientierung der türkischen Außenpolitik spiegelt sich auch in der Umstrukturierung der zuständigen Behörden und Einführung neuer Institutionen wider. Am 13. Juli 2010 trat ein neues »Organisationsgesetz« für das Außenministerium in Kraft. 2012 wurden der Aktionsradius des Türkischen Präsidiums für internationale Kooperation und Koordination (TİKA), die staatliche Entwicklungshilfeagentur der Türkei, erweitert und das Budget der Behörde kräftig erhöht. Mit dem Amt für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften (YTB) schuf die Regierung ein neues staatliches Organ. Außerdem etablierte sie neue Institutionen der öffentlichen Diplomatie. Ein zentraler Bestandteil der multidimensionalen Außenpolitik der Türkei ist eine aktive Diasporapolitik, mit der wirtschaftliche, politische und kulturelle Interessen verbunden sind.

Was ist das »Neue« an der neuen Diasporapolitik?

Die Politik der Türkei gegenüber den türkischen Staatsangehörigen in Europa lässt sich spätestens seit den 1980er Jahren als Diasporapolitik bezeichnen, denn seit dieser Zeit ist innerhalb der türkischen Führung die Dauerhaftigkeit der türkeistämmigen Präsenz in verschiedenen Ländern Europas unbestritten. Doch worin besteht das »Neue« der aktuellen Diasporapolitik? Zum einen in der expliziten Bezeichnung der Türkeistämmigen im Ausland als »Diaspora«, zum anderen in der Einbettung der sie betreffenden Politik in eine Strategie der öffentlichen Diplomatie³⁴,

³⁴ Der Begriff »Public Diplomacy« steht für eine Methode der Förderung nationaler Interessen durch direkte Überzeugung des ausländischen Publikums und der ausländischen Meinungsbildner. İbrahim Kalın, außenpolitischer Berater des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan, schreibt dazu: »The new Turkish public diplomacy is building on Turkey's expand-

die überhaupt ein Kernelement der gegenwärtigen proaktiven Außenpolitik ist, sowie schließlich in der Verbindung dieser Politik mit einem neuen Nationsverständnis, das mit multiplen muslimischen Identitäten vereinbar ist.

Die aktuelle Diasporapolitik muss auch im Kontext einer allgemeinen Transnationalisierung der türkischen Außenpolitik gesehen werden: Wenngleich diese weiterhin eine Domäne der Exekutive ist, so hat sie sich doch in den letzten Jahren zivilgesellschaftlichen Akteuren, Think-Tanks und Wirtschaftsverbänden geöffnet und steht heute stärker in der Pflicht, sich öffentlich zu rechtfertigen. Die Transnationalisierung wiederum bringt es mit sich, dass die vormaligen exklusiven zwischenstaatlichen Kommunikationsverbindungen zwischen Deutschland und der Türkei immer mehr durch informelle, individuelle Beziehungen unterhalb der staatlichen Ebene aufgebrochen werden. Das hat zur Konsequenz, dass die Trennung zwischen innen- und außenpolitisch relevanten Sachfragen unscharf wird. Innenpolitische Themen wie etwa die Integrationsverläufe von Türkeistämmigen in Deutschland, die doppelte Staatsbürgerschaft, die Familienzusammenführung oder die Vergabe von türkeistämmigen Kindern an Pflegeeltern werden zu einer außenpolitischen Angelegenheit, und außenpolitische Themen wie etwa die EU-Mitgliedschaft der Türkei oder Kritik an der türkischen Regierung werden zu einem Gegenstand der deutschen Innenpolitik unter anderem dadurch, dass sie von türkeistämmigen Diasporaorganisationen aufgegriffen werden. Die Folge ist eine Außenpolitisierung der Innenpolitik und Innenpolitisierung der Außenpolitik, ein Effekt, der durch die neue türkische Diasporapolitik noch verstärkt wird, was zu zusätzlichen Konflikten in den deutsch-türkischen Beziehungen führt.

Das Schrumpfen der Distanzen, die die Welten früher auseinanderhielten, dank neuer Transport- und Kommunikationstechnologien und -möglichkeiten wie etwa Billigflüge, Flatrate-Telefonanschlüsse und Satellitenfernsehen, und die Liberalisierung der internationalen Finanz- und Güterströme haben das Instrument der Diasporapolitik für die Türkei zu einer attraktiven Option werden lassen. Denn die Angehörigen der Diaspora verkörpern ein humanes, ökonomisches und soziales Kapital, das eingesetzt werden kann, um die wirtschaftlichen Beziehungen und den

ing soft power in the Balkans, the Middle East and Caucasus«, siehe İbrahim Kalın, »Soft Power and Public Diplomacy in Turkey«, in: *Perceptions*, 16 (2011) 3, S. 5–23 (5).

Handel mit dem Gastland zu intensivieren und Investitionsmöglichkeiten zu eröffnen. Die damit verknüpften Perspektiven erklären unter anderem den Eifer, mit dem die Türkei ihre Diasporapolitik mit einer *Public Diplomacy* flankiert.³⁵

Das »Neue« der aktuellen türkischen Diasporapolitik spiegelt sich auch in institutionellen Entwicklungen und in der offiziellen Rhetorik wider. Die Gründung des YTB im Jahr 2010 kann hier als Zäsur betrachtet werden. Auf der Vierten Botschafterkonferenz des Außenministeriums sprach sich der türkische Außenminister Davutoğlu am 23. Dezember 2011 für eine neue Definition von Diaspora aus. Jedes Individuum, das aus Anatolien stamme, gehöre ungeachtet seiner Religion und Ethnizität zur türkischen Diaspora. Auch Armenier und Griechen zählten dazu, auf die die türkische Regierung zugehen werde, um ihre »Herzen zu gewinnen«. »Wir werden mit jedem aus der Türkei abgewanderten Armenier und Orthodoxen sprechen. Wir werden über unsere glanzvolle gemeinsame Vergangenheit sprechen«, setzte Davutoğlu fort.³⁶ Trotz des paternalistischen Untertons und der Romantisierung der osmanischen Vergangenheit hätte dies der Auftakt zu Öffnung des offiziellen Nationsverständnisses in Richtung einer multikulturellen türkischen Identität sein können. Entgegen der »inkluisiven« Rhetorik wurde allerdings geduldet, dass kurz darauf eine Solidaritätskundgebung am 26. Februar 2012 in Istanbul für die von Armeniern in Bergkarabach ermordeten Aserbaidzchaner, an der auch der damalige Innenminister der Türkei teilnahm, einen armenierfeindlichen Charakter annahm und dort rassistische Parolen skandiert wurden. Es ist der Türkei bisher nicht gelungen, den integrationsfreundlichen Worten entsprechende Handlungen folgen zu lassen.

35 Kemal Yurtnaç, Vorsitzender des YTB, schreibt dazu: »Today many countries work to strengthen their public diplomacy efforts, or »soft power«, and expand their sphere of influence through their diasporas. [T]he transformations in Turkish foreign policy in recent years facilitated its quest to have richer relations with the citizens and kin communities abroad« (*Turkey's New Horizon: Turks Abroad and Related Communities*, Ankara: SAM, Center for Strategic Research, Oktober 2012, S. 3f. [SAM Papers 3/2012]).

36 Oran, *Die türkische Außenpolitik* [wie Fn. 22], S. 189. Ähnlich äußerte sich der ehemalige Kultur- und Tourismusminister der Türkei Ömer Çelik: »Armenier aus Anatolien gehören zur Diaspora der Türkei«, zitiert in: *Milliyet*, 26.4.2013, <<http://siyaset.milliyet.com.tr/anadolu-dan-cikanlar-turkiye-diasporasidir/siyaset/siyasetdetay/26.04.2013/1698688/default.htm>> (Zugriff am 21.3.2014).

Ökonomische, politische und kulturelle Interessen

Ökonomische Interessen

Nicht nur die türkische Außenpolitik ist seit dem Kurswechsel sensibel gegenüber wirtschaftlichen Interessen, auch für die neue Diasporapolitik gilt dies. In den letzten 10 Jahren sind die türkischen Direktinvestitionen im Ausland kontinuierlich gestiegen. 2010 beliefen sie sich auf 1784 Millionen, 2011 auf 2657 Millionen und 2012 auf 4043 Millionen US-Dollar. Hauptziel war mit 81 Prozent Europa (3273 Mio. US-Dollar), es folgen mit 10 Prozent der Nahe und Mittlere Osten (421 Mio. US-Dollar) und mit 3 Prozent Asien (132 Mio. US-Dollar). Unter den einzelnen Staaten lag Deutschland 2012 mit 5,7 Millionen US-Dollar an achter Stelle der Zielländer türkischer Direktinvestitionen im Ausland.³⁷ Die Bedeutung der türkischen Diaspora für die Außenwirtschaftspolitik Ankaras erklärt sich nicht nur mit den engen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei – Deutschland war 2012 wichtigster Handelspartner der Türkei –, sondern auch mit der starken türkeistämmigen Unternehmerschaft in Deutschland: Dem türkischen Außenministerium zufolge befindet sich die Hälfte der etwa 140 000 türkeistämmigen Unternehmen in Europa in Deutschland (70 000). Europaweit beschäftigen diese 640 000, in Deutschland 330 000 Arbeitnehmer. Sie erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von über 50 Milliarden (Europa) bzw. 32,7 Milliarden Euro (Deutschland)³⁸

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass die etablierte Organisation der türkischen Unternehmerschaft, die Assoziation der türkischen Handelskammern und Börsen (TOBB), eine Vorreiterin der Idee einer aktiven Diasporapolitik ist. Die als staatsloyal geltende TOBB und ihre Vorsitzende M. Rifat Hisarcıkloğlu setzen sich selbst für den Ausbau der Diasporanetzwerke ein und waren auch bei der großen Konferenz der Nichtregierungsorganisationen federführend, die am 7. und 8. Juni 2012 in Ankara stattfand. Das YTB veranstaltet in unregelmäßigen Abständen Treffen von Diasporaorganisationen, zu denen Vertreter türkeistämmiger Verbände im Ausland ein-

37 DEİK, *Dünya'da ve Türkiye'de Yurtdışı Doğrudan Yatırımlar* [Ausländische Direktinvestitionen in der Welt und in der Türkei], Istanbul, August 2013, S. 43f, <www.ydy.gov.tr/upload/Yatirim2013.pdf> (Zugriff am 14.6.2014).

38 Republic of Turkey, Ministry of Foreign Affairs, *Turkish Citizens Living Abroad* [wie Fn. 16].

geladen werden. Als 1986 unter der Regie der TOBB der Ausschuss für Außenwirtschaftsbeziehungen (DEİK)³⁹ gegründet wurde, deutete dies bereits auf eine Umorientierung und stärkere Berücksichtigung der internationalen Märkte auf Seiten des Kammer- und Börsenverbands hin, der lange auf den Inlandsmarkt fixiert war. Aufgabe von DEİK sollte es explizit sein, die Zusammenarbeit mit der weltweiten türkischen Diaspora zu vertiefen mit dem Ziel, neue Export- und Investitionsmöglichkeiten aufzutun.⁴⁰ Um das Potential der Türkeistämmigen im Ausland zugunsten der türkischen Wirtschaft auszuschöpfen, bedürfe es einer kohärenten und aktiven Diasporapolitik.

Die TOBB befindet sich mit diesem Ansatz und dieser Rhetorik im Einklang mit dem offiziellen Diskurs der politischen Führung der Türkei in der Diasporathematik. Für den Gebrauch des Begriffs »Diaspora«, der Eingang in die offizielle Terminologie gefunden hat, spreche zunächst die fortgeschrittene Eingliederung und Teilhabe Türkeistämmiger am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben der jeweiligen europäischen Einwanderungsländer. Ein weiterer Grund, warum die Bezeichnung »Diaspora« verwendet werde, sei die weltweite Zerstreuung der Türkeistämmigen, die ungeachtet dessen enge kulturelle Bindungen und mannigfaltige Beziehungen zur Türkei aufrechterhalten würden. Gleichzeitig habe innerhalb der Migranten insbesondere in Westeuropa eine starke soziale, politische und berufliche Ausdifferenzierung stattgefunden. Doch fehle es der türkischen Diaspora, trotz ihrer vielgestaltigen Organisationsstruktur, an effektiven Institutionen.⁴¹

In einem 2011 herausgegebenen *Policy Paper* hat die TOBB deshalb eine Reihe von Maßnahmen und Strategien für eine effektivere Diasporapolitik vorgeschlagen, die sich in drei Gruppen einteilen lassen:

³⁹ DEİK ist ein wirtschaftlicher Interessenverband, der 1986 auf Anweisung des damaligen Ministerpräsidenten Turgut Özal und unter der Führung der TOBB gegründet wurde. Zu den erklärten Zielen des Verbands gehören die Unterstützung türkischer Firmen des öffentlichen und des privaten Sektors bei der Erschließung neuer Märkte, siehe <www.deik.org.tr/287/DeikHakkinda.html> (Zugriff am 24.3.2014). DEİK ist assoziiert mit dem türkischen Entwicklungsministerium und unterhält Auslandsvertretungen in Washington, Moskau und Brüssel.

⁴⁰ Internetseite der DEİK, <<http://en.deik.org.tr/287/DeikHakkinda.html>> (Zugriff am 16.1.2014).

⁴¹ DEİK, *Internationale Diaspora-Strategien und Vorschläge für die türkische Diaspora* (türkisch), Istanbul 2011, S. 3, <www.deik.org.tr/2886/Dünyada_Diaspora_Stratejileri_ve_Türk_Diasporası_için_Öneriler.htm> (Zugriff am 16.1.2014).

1. *Ausbau des ökonomischen Potentials der türkischen Diaspora durch gezielte Wirtschaftsförderung:* Zu diesem Zweck sollen mit professioneller Unterstützung neue Unternehmensnetzwerke gebildet, die Diasporaorganisationen schlagkräftiger gemacht und ein weltweites Diasporanetzwerk geknüpft werden.
2. *Stärkung der Integration der Diasporamitglieder in die jeweiligen Einwanderungsländer:* Dazu sollen Ausbildungs- und Praktikumsstellen für Türkeistämmige in der Türkei angeboten, Integrationsförderprogramme initiiert und Kulturinstitute eingerichtet werden. Vorgesehen ist auch, Plattformen für juristische Unterstützung zu schaffen und einen Diasporaunterstützungsfonds ins Leben zu rufen.
3. *Förderung der positiven Wechselwirkung zwischen türkischer Diaspora und der Türkei:* Im Gespräch sind in diesem Zusammenhang eine erweiterte Staatsbürgerschaft, Türkeireiseprogramme sowie Bildungs-, Ausbildungs- und Praktikaprojekte in der Türkei für die Diasporamitglieder.⁴²

Politische Interessen

Die türkeistämmige Diaspora in Deutschland ist aufgrund ihres Organisationsgrads und ihres mittlerweile erworbenen gesellschaftlichen Einflusses für die türkische Regierung auch unter politischen Gesichtspunkten wichtig. Neben den zahlreichen türkeistämmigen Mandatsträgern in den Bezirks- bzw. Kreisversammlungen und Landesparlamenten haben aktuell 11 Abgeordnete im 18. Bundestag und eine Staatsministerin (Aydan Özoğuz, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration) einen türkischen Migrationshintergrund. Die türkische Regierung ist sich der Bedeutung dieser politischen Repräsentation bewusst und sieht darin einen politischen Hebel, um das Verhältnis der Türkei zur EU positiv zu beeinflussen.

Ein zentrales Interesse der türkischen Diasporapolitik ist es, die Beziehungen mit der EU zu vertiefen und zu verbessern. Die Notwendigkeit einer aktiven Diasporapolitik wird heute auch mit dem Hinweis auf die Beitrittsverhandlungen mit der EU begründet. Unter türkischen Entscheidungsträgern wird angenommen, dass der Integrationsgrad der Türkeistämmigen in den verschiedenen europäischen Ländern in der Diskussion über den EU-Beitritt der Türkei ein wesentlicher Faktor sein wird. In Deutschland wiederum ist die Auffassung weit verbreitet, dass eine Aufnahme

⁴² Ebd., S. 29–31.

der Türkei in die Union einen Zuwanderungsstrom auslösen werde, der die Integration der Türkeistämmigen zusätzlich erschweren könnte.

Aus offizieller Sicht in Ankara ist die Tatsache der türkeistämmigen Diaspora in Europa eine »starke Legitimation« für die EU-Mitgliedschaft der Türkei und für die Zugehörigkeit des Landes zu Europa.⁴³ Aussagen der AKP-Führung deuten zudem darauf hin, dass sie die zahlenmäßig starke und relativ gut organisierte Migrantengemeinschaft in Deutschland unter anderem als Lobby betrachtet.

Für die türkische Regierung ist die türkeistämmige Diaspora in Deutschland eine legitime politische Akteurin, mit deren Loyalität und Gewicht sie rechnen kann. Dementsprechend misst sie dem wirtschaftlichen Erfolg, der sozialen Aufwärtsmobilität und dem »multikulturellen Beitrag« der Türkeistämmigen in Europa große Bedeutung bei. Sie befürwortet eine vollständige Integration der Türkeistämmigen in ihre jeweiligen europäischen Einwanderungsländer auch deshalb, weil sie die Diaspora als »Repräsentantin der Türkei« ansieht und deren Erfolg als Nachweis für die Kompatibilität der Türkei mit der EU betrachtet.⁴⁴ Folglich ist es auch ein Ziel der neuen türkischen Diasporapolitik, die politischen Aktivitäten der Türkeistämmigen und deren Forderung nach einem weiteren Ausbau ihrer ökonomischen, sozialen, kulturellen und juristischen Rechte in den jeweiligen europäischen Zuwanderungsstaaten zu unterstützen.

Die AKP-Regierung hat darüber hinaus ein politisches Interesse daran, durch die Aktivierung der türkischen Diaspora in den Beziehungen zu den Gastländern eine Symmetrie herzustellen. Das deutsch-türkische Verhältnis beispielsweise war in der Vergangenheit aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Schwäche der Türkei asymmetrisch. Die Asymmetrie schlug auch beim Zustandekommen des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens zu Buche: Deutschland konnte zu seinen Gunsten bessere Bedingungen durchsetzen. Türkische Diplomaten beklag-

ten sich in privaten Gesprächen häufig über diese Ungleichberechtigung in den deutsch-türkischen Beziehungen. Ein Grund hierfür war sicherlich – neben dem Machtungleichgewicht – auch die Schlechterstellung der Türkei aufgrund von Menschenrechtsverletzungen.

Kulturelle Interessen

Schließlich sind mit der neuen türkischen Diasporapolitik auch kulturelle Interessen verbunden, die in Gestalt der Yunus-Emre-Kulturzentren (YEKM) am deutlichsten zum Ausdruck kommen.⁴⁵ In dem Gesetz zur Gründung der Yunus-Emre-Stiftung (YEV) werden eine Reihe von kulturpolitischen Intentionen genannt. Dazu gehören die Präsentation des kulturellen Erbes der Türkei, die Förderung des kulturellen Austausches, die Bereitstellung von Informationen über die Türkei und von Bildungsangeboten zur türkischen Sprache und Kultur und zu den Künsten des Landes.⁴⁶ Von den politischen Zielsetzungen lassen sich die genannten Absichten indes kaum trennen, denn auch diese sind Teil der *Public Diplomacy* und sollen dazu dienen, das Image der Türkei im Ausland zu verbessern.⁴⁷

Im Hinblick auf die Vorgabe, die türkische Sprache und Kultur zu verbreiten, wird, je nach Situation, auf einen neo-osmanischen oder modernistischen Diskurs zurückgegriffen. Im EU-Raum steht dabei die Mobilisierung der Türkeistämmigen im Vordergrund, um Einfluss auf die Politik im Einwanderungsland zu gewinnen, während es auf dem Balkan, im Kaukasus, im Nahen Osten und in Zentralasien in erster Linie darum geht, die Türkei über Sprach- und Kulturangebote als einen wichtigen regionalen Akteur zu positionieren.

In seiner Rede anlässlich der Eröffnung des YEKM in der albanischen Hauptstadt Tirana am 11. Dezember 2009 bezeichnete der türkische Staatspräsident Abdullah Gül die Kulturinstitute als »unsichtbare Macht« der Türkei. Ihr kulturelles Erbe sei »die größte

⁴³ Bilgili/Siegel, *Understanding the Changing Role of the Turkish Diaspora* [wie Fn. 7], S. 2.

⁴⁴ Ebd., S. 1; Ünver, »Changing Diaspora Politics« [wie Fn. 6], S. 188. Gürsel Dönmez, Vizechef des YTB, erklärt dazu in einem Interview: »Wir wollen in Europa als Türkei ein starkes Image haben. Das können wir uns nicht einfach herbeiwünschen. Sie wissen bereits, dass Sie hier in einer großen Verantwortung stehen. Wir haben gemeinsam festgestellt, dass wir uns sowohl auf der institutionellen als auch subjektiven Ebene gegenseitig ergänzen und bereichern können«, zitiert in: *Artı 90*, Oktober–Dezember 2013, S. 94.

⁴⁵ Die Yunus-Emre-Kulturzentren sind ein Bestandteil der Yunus-Emre-Stiftung, die 2007 gegründet wurde. Ihre rechtliche Grundlage bildet das Gesetz Nr. 5653, das am 5. Mai 2007 verabschiedet wurde. Yunus Emre war ein anatolischer Dichter und Sufi-Mystiker, der im 14. Jahrhundert gelebt hat. Heute gilt er als Vorreiter der türkischen Kultur in Anatolien und findet Zuspruch sowohl unter der sunnitischen als auch alevitischen Bevölkerung.

⁴⁶ Gesetz Nr. 5653 vom 5.5.2007, Artikel 1.

⁴⁷ Ünver, »Changing Diaspora Politics« [wie Fn. 6], S. 188.

Kraft der Türkei« und müsse deshalb gepflegt werden: »Nicht alle Länder besitzen die Macht. Wir sollten dieses kulturelle Erbe wertschätzen«. Außenminister Davutoğlu wiederum stellte in seiner Eröffnungsrede am 16. Oktober 2009 in Sarajewo zwei Aufgaben der Yunus-Emre-Stiftung in den Vordergrund: »Erstens das Zusammentreffen zwischen unserer nationalen Kultur und der universalen Kultur zu ermöglichen und [zweitens] die Wirkung unserer nationalen Kultur innerhalb der ›Universalkultur‹ zu verstärken«. ⁴⁸

Zentrale Institutionen der neuen türkischen Diasporapolitik

Die rechtliche Grundlage für die Diasporapolitik ist Artikel 62 der Verfassung der Türkei. Darin heißt es, der Staat solle »alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Familieneinheit, die Bildung der Kinder, die soziale Sicherheit von im Ausland arbeitenden türkischen Staatsangehörigen zu gewährleisten, ihre Bindungen zum Heimatland abzusichern und ihnen bei der Rückkehr zu helfen«. ⁴⁹ Eine weitere rechtliche Voraussetzung bildet das Gesetz über die Organisation und Aufgaben des YTB. ⁵⁰ Für die türkische Diasporapolitik sind folgende Institutionen relevant.

Die Türkisch-Islamische Union (DİTİB)

Die Türkisch-Islamische Union des staatlichen Amtes für Religionsangelegenheiten (DİTİB) wurde 1982 als religiöser Verein in Berlin ins Leben gerufen. 1985 wurde DİTİB in Köln zu einem Dachverband der Moscheevereine in Deutschland erweitert. Mit der Gründung der DİTİB reagierte das türkische Amt für Religionsangelegenheiten keineswegs nur auf die religiösen Bedürfnisse von Türkeistämmigen, sondern zugleich auf die »Entstehung unabhängiger und regimekritischer islamischer Gemeinden in der europäischen Diaspora« wie etwa des Islamischen Kulturzentrums der *Süleymanîcıs* (IKMB), der Islamischen

Gemeinde Milli Görüş (IGMG) und der Kaplan-Anhänger. ⁵¹ In den Aktivitäten dieser Gruppierungen sah der türkische Staat eine Bedrohung für die kollektive Identität der Diasporaangehörigen bzw. für das offizielle laizistische Staatsverständnis. Ziel der DİTİB ist es nach eigener Darstellung, Muslimen »einen Ort zur Ausübung ihres Glaubens zu geben und einen Beitrag zur Integration zu leisten«. Neben der Verrichtung religiöser Dienste ist die Unterstützungsarbeit der DİTİB organisatorisch in vier Bereiche geteilt: eine Bildungs- und Kulturabteilung; eine Jugendabteilung; eine Frauenabteilung und eine Abteilung, die sich mit dem interkulturellen und interreligiösen Dialog befasst.

DİTİB untersteht der Leitung und Kontrolle des staatlichen Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten (DİB) der Türkei und vertritt daher ein mit dem offiziellen Laizismus kompatibles Islamverständnis. Ferner unterhält der Verband einen Fonds zur Finanzierung und Organisation der Überführung und Beisetzung verstorbener türkischer Muslime in die Türkei.

Das Amt für Auslandstürken (YTB)

Am 6. April 2010 trat ein Gesetz in Kraft, das die Gründung eines Amtes für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften (YTB) bestimmte. Das YTB hat den Rang eines Staatssekretariats und steht unter der Aufsicht des Premierministeriums der Republik Türkei. Mit der Schaffung dieser neuen Behörde hat die Regierung in Ankara die Beziehungen zu den türkischen Staatsangehörigen im Ausland und zu den verwandten Gemeinschaften auf eine institutionelle Grundlage gestellt. ⁵² Das YTB ist in vier Bereichen aktiv:

1. *Staatsangehörige im Ausland*: Aufgabe des YTB ist es, Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Staatsangehörigen im Ausland zu sondieren, entsprechende Strategien zu entwickeln und Aktivitäten zu koordinieren, die die Türkeistämmigen und ihre Verbände betreffen.
2. *»Verwandte Gemeinschaften«*: Unter diesem Begriff führt das Amt zum Beispiel die Muslime auf dem Balkan, die historisch mit den Türken die gleiche Geographie und »Kultur« geteilt haben. Auch diese Gemeinschaften gehören zum Fokus des YTB.

⁴⁸ Yunus Emre Bülteni, 1 (September 2009) 1, S. 6, <http://yee.org.tr/media/_bulten/pdf/eylul_2009.pdf> (Zugriff am 22.1.2014).

⁴⁹ Siehe Verfassung der Republik Türkei (türkisch), <www.tbmm.gov.tr/anayasa/anayasa_2011.pdf> (Zugriff am 27.2.2014).

⁵⁰ Gesetz Nr. 5978, § 8, *Resmî Gazete* (Amtsblatt), 6.4.2010, <www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2010/04/20100406-1.htm> (Zugriff am 27.2.2014).

⁵¹ Werner Schiffauer, »Die Islamische Gemeinde Milli Görüş«, in: Klaus Bade u.a. (Hg.), *Migrationsreport 2004*, Frankfurt a.M. 2004, S. 77.

⁵² Siehe dazu die Website des Amtes für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften, <www.ytb.gov.tr/index.php/kurumsal/hakkimizda.html> (Zugriff am 20.1.2014).

3. *Internationale Studenten*: Eine weitere Obliegenheit des Amtes ist die Unterstützung türkeistämmiger und muslimischer Studenten aus den Turkrepubliken und den Balkanstaaten beim Studium in der Türkei. Das YTB soll den angehenden Akademikern verschiedene Bildungsangebote machen und den Kontakt zu ihnen auch nach dem Studienabschluss aufrechterhalten.
4. *Nichtregierungsorganisationen*: Flankierend zu den bisherigen drei Zielen soll das Amt den Organisationen von Türkeistämmigen im Ausland bei ihren Bemühungen um politische Partizipation in dem jeweiligen Gastland zur Seite stehen und ihnen dabei behilflich sein, ihre Beziehungen zur Türkei zu intensivieren.⁵³

YTB gibt vierteljährlich ein Magazin heraus, *Artı 90* (»Plus 90«), dessen Motto lautet: »Wir sind überall, wo wir einen Staatsangehörigen, einen Artgenossen, einen Verwandten haben«. Der Leitartikel einer der Ausgaben dieses Magazins beginnt mit dem Satz: »Hinter euch steht die Republik Türkei, deren Stimme in der Region und auf der Welt Gewicht hat.«⁵⁴ Kemal Yurtnaç, Vorsitzender des YTB, bezeichnet darin die Islamophobie, die nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 in »Umlauf gebracht worden sei«, als das größte Problem von Auslandstürken. Ein weiteres Übel sei die strukturelle Benachteiligung von türkischstämmigen Schülern, die in Form von »paternalistischen Rollenzuweisungen« und »vorurteilbehafteter Lenkung bei der Schul- und Berufswahl« durch Lehrer zum Ausdruck komme. Im Gegensatz zu den deutschen Behörden, die die türkischen Migranten nicht zu sozialer Aufwärtsmobilität motivieren würden, ermutige das YTB türkeistämmige Jugendliche dazu, sich weiterzubilden. Ein weiterer Kritikpunkt Yurtnaçs bezieht sich auf die Jugendämter, die türkische Pflegekinder »bewusst« bei christlichen, in manchen Fällen sogar bei Familien mit Drogensuchtproblemen oder bei »lesbischen Partnern« unterbringen würden. Dies sei Teil einer kalkulierten Assimilationspolitik.

Laut eigener Darstellung bietet das Amt Türkeistämmigen Hilfe an, wenn sie sich in ihrem jeweiligen Gastland diskriminiert fühlen oder einem hohen Assimilationsdruck oder Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt sehen.⁵⁵ Nach Angaben des YTB-Leiters lädt das Amt im Jahr mehrmals Vertreter von Verbänden der Türkei-

stämmigen zu Zusammenkünften ein. Bei der Auswahl sei entscheidend, wie stark die Organisationen in der Migrantengemeinschaft verankert seien; Ethnizität, Religion oder Konfession seien dabei keine Kriterien. Es gelte die Maxime, je mehr Vielfalt, desto besser. Für den Kommunikationsfluss mit Europa sorgt ein Beratungsgremium, dem Türkeistämmige in den Zielländern aus verschiedenen Berufen und verschiedenen Verbänden angehören.⁵⁶ Murat Gürbüz vom YTB hat in einem Interview⁵⁷ betont, dass die Bezeichnung »Auslandstürken« auf dem Staatsangehörigkeitsprinzip basiere, während die Bezeichnung »verwandte Gemeinschaften« ein ethno-kulturelles Nationsverständnis suggeriere.

Die Yunus-Emre-Kulturzentren (YEKM)

Wie gesehen geht es bei der türkischen *Public Diplomacy* und auswärtigen Kulturpolitik auch um die Stärkung der »soft power«.⁵⁸ Tragende Säulen dieser Strategie sind die Yunus-Emre-Stiftung (YEV) und die Yunus-Emre-Kulturzentren (YEKM). Die Auswahl der Städte, die als Standorte für die ersten YEKM auserkoren wurden, steht im Einklang mit dem diasporapolitischen Konzept des historisch-kulturellen Erbes, das einen deutlich neo-osmanischen Unterton hat. Und nach Einschätzung des Soziologen und Migrationsexperten Ayhan Kaya wird es die Aufgabe der Kulturinstitute gerade an diesen Standorten sein, den neo-osmanischen Diskurs unter Berufung auf die gemeinsame

⁵⁶ Engin Akçay/Farkhad Alimukhamedov, »Revaluating Contemporary »Diaspora Policy of Turkey«, in: *The Journal of Faculty of Economics* (Süleyman Demirel University), 18 (2013) 1, S. 103–115 (107).

⁵⁷ Das Interview wurde im November 2013 in Ankara geführt.

⁵⁸ Im Gegensatz zur »hard power«, das heißt zu traditionellen Formen militärischer oder wirtschaftlicher Macht, mit deren Hilfe auf Dritte Druck ausgeübt werden kann, bezeichnet »soft power« die Fähigkeit, andere für sich einzunehmen oder zu einer im eigenen Interesse stehenden Entscheidung zu bewegen, ohne dabei Zwangsmaßnahmen anzuwenden. Dem amerikanischen Politikwissenschaftler Joseph S. Nye zufolge besteht die »soft power« in der Überzeugungs- und Anziehungskraft der Akteure, die ihnen Glaubwürdigkeit verleiht, siehe Joseph S. Nye, *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York 2004.

⁵³ *Artı 90*, (Januar 2013) 5, S. 12.

⁵⁴ Ebd., S. 6f.

⁵⁵ Ebd., S. 12f und S. 15.

Vergangenheit zu popularisieren.⁵⁹ Ein Beleg dafür ist die Rede von Außenminister Davutoğlu anlässlich der Einweihung der YEKM-Niederlassung in Sarajevo: »Das hier ist das erste Kulturzentrum, das wir eröffnen. Dass das erste Kulturzentrum in Sarajevo eröffnet wird, ist kein Zufall. Es ist eine bewusste Entscheidung, die wir auf der Grundlage sorgfältiger Überlegungen getroffen haben. Würde man nach einem Ort fragen, wo sich die türkische Kultur in bester Form widerspiegelt, so wäre dies Sarajewo. So wie Istanbul eine fundamentale Stadt der türkischen Kultur ist, ist Sarajewo die Stadt unserer gemeinsamen Kultur. So wie Sarajevo eine Stadt der Bosniaken ist, ist Istanbul die gemeinsame Stadt der Bosniaken. Der Geist von Başçarşı und Kapalı Çarşı,⁶⁰ der Gazi Hüsrev Bey Moschee und der Sultanahmet⁶¹ ist derselbe. Istanbul und Sarajewo sind Zwillingseelen.«⁶²

Mit wissenschaftlichen Projekten und einem Programm aus kulturellen Veranstaltungen und Kursen sollen die YEKMs die türkische Sprache, Kultur, Kunst und Geschichte im Ausland bekanntmachen und die interkulturellen Beziehungen zu den Gesellschaften der Zielländer intensivieren. Für Türkeistämmige gibt es ebenfalls spezielle Angebote zur Erlernung bzw. Vertiefung des Türkischen und zur Beschäftigung mit türkischer Kultur, die die Bindungen der Adressaten an die Türkei festigen sollen.⁶³

⁵⁹ Ayhan Kaya/Ayşe Tecmen, *The Role of Common Cultural Heritage in External Promotion of Modern Turkey: Yunus Emre Cultural Centres*, Istanbul: Istanbul Bilgi University, European Institute, 2011 (Working Paper 4, EU/4/2011), S. 13, <http://eu.bilgi.edu.tr/media/uploads/2014/05/22/working-paper4_2.pdf> (Zugriff am 22.1.2014).

⁶⁰ Başçarşı (serbokroatisch: Baščaršija) ist die Altstadt und der Basar von Sarajevo, der im 16. Jahrhundert von den Osmanen gebaut wurde. Kapalı Çarşı, der »Große gedeckte Basar«, wurde nach der Eroberung von Istanbul von Sultan Mehmet II. angelegt. Später wurde der Gebäudekomplex weiter ausgebaut und zeitweilig auch als Bank bzw. Tresor für Privatvermögen reicher Kaufleute genutzt.

⁶¹ Die Gazi-Husrev-Beg-Moschee wurde im 16. Jahrhundert im Auftrag von Gazi Husrev Beg, einem Neffen des Sultans Bayazit II. errichtet und befindet sich auf dem Başçarşı in Sarajewo. Die Blaue Moschee (Sultanahmet Camii) wurde im Auftrag von Sultan Ahmet I. zwischen 1609 und 1616 direkt gegenüber der Hagia Sophia gebaut und ist heute Istanbuls Hauptmoschee und ein Hauptwerk osmanischer Architektur.

⁶² Eröffnungsrede von Ahmet Davutoğlu in Sarajevo, *Yunus Emre Bülteni*, 1/2 (Dezember 2009), S. 3, <http://yee.org.tr/media/_bulten/pdf/aranlik_2009.pdf> (Zugriff am 22.1.2014).

⁶³ *Yunus Emre Institut*, <<http://yee.org.tr/turkiye/tr/kurumsal/enstitu-baskanligi>> (Zugriff am 11.10.2013).

Die türkische Diasporapolitik – Folgen, Reaktionen und Kontroversen

Die transnationalen Dachverbände der Türkeistämmigen in Deutschland erfüllen eine wichtige Brücken- und Vermittlungsfunktion zwischen der türkischen Migrantengemeinschaft und den staatlichen Institutionen der Bundesrepublik. Sie spielen eine entscheidende Rolle im institutionalisierten Kommunikationsprozess zwischen Einheimischen und den Türkeistämmigen und sind in unterschiedlicher Intensität in die öffentliche Meinungsbildung eingebunden, wenn auch nicht vollständig, so doch partiell. Sie ermöglichen den türkischen Zuwanderern politische Teilhabe und eröffnen ihnen Handlungsspielräume, die es ihnen erlauben, soziopolitischen Assimilationszwängen und Exklusions- und Marginalisierungstendenzen zu widerstehen. Die Transnationalität dieser Dachverbände manifestiert sich in ihren dauerhaften Kontakten zu politischen Repräsentanten in Deutschland und der Türkei und in ihren Entscheidungen, die sie auf der Grundlage des Wissens über Institutionen und Politik beider Länder treffen.⁶⁴ Ungeachtet ihrer Vermittlungs- und Brückenfunktion werden sie in Deutschland jedoch von einem Teil der Entscheidungsträger als Hindernis für die Integration der Türkeistämmigen betrachtet und als Instrument einer »exterritorialen Expansion« des türkischen Staates wahrgenommen. Die Befürchtungen dieser Akteure, dass türkeistämmige Verbände vom türkischen Staat beherrscht und funktionalisiert werden könnten, werden in der Tat von der konservativen Rhetorik mancher türkischer Politiker bestärkt.

Um ähnliche Sorgen geht es auch bei der doppelten Staatsbürgerschaft, deren Einführung die meisten türkeistämmigen Dachverbände fordern. In einem beispielhaften Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wird auf Probleme hingewiesen, die mit einer Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft verbunden sein könnten: »Konflikte können [...] vor allem aber im Verhältnis zur Türkei [auftreten]. So wäre die Türkei in der Lage, hier lebende Deutsch-Türken zum Wehrdienst einzuziehen. Ist Deutschland dann bereit,

diese Doppelstaatler herauszukaufen? Dass die Türkei die in Deutschland lebenden Türken als ihre Landsleute ansieht, hat der türkische Ministerpräsident Erdoğan mehrfach bei bestens besuchten Auftritten hierzulande deutlich gemacht. [...] Über die Staatsangehörigkeit hat die Türkei somit einen Fuß in Deutschland. [...] Die Türkei als Problem wird kaum benannt«.⁶⁵

Die Dachverbände der Türkeistämmigen sind sehr unterschiedlichen externen Erwartungen ausgesetzt. Sie müssen einerseits auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder eingehen, die den Herkunftslandbezug pflegen und ihre Interessen gegenüber den deutschen Institutionen vertreten sehen wollen. Andererseits sind sie politischen Erwartungen von Seiten der Bundesregierung ausgesetzt, die eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des »islamistischen« Terrorismus bzw. des Radikalismus sowie eine effektive Integrationsarbeit fordert.⁶⁶

Das bisherige Auftreten und die aktuellen Positionen der Dachverbände der Türkeistämmigen deuten darauf hin, dass die Durchgriffsmöglichkeiten der türkischen Regierung begrenzt sind. Gespräche⁶⁷ mit Vertretern der Verbände führen ebenfalls eher zu der Einschätzung, dass die türkische Diasporapolitik kaum Gelegenheiten haben wird, auf die Organisationen der Türkeistämmigen steuernd einzuwirken.

⁶⁴ Anna Amelina/Thomas Faist, »Turkish Migrant Associations in Germany: Between Integration Pressure and Transnational Linkages«, in: *Revue européenne des migrations internationales*, 24 (2008) 2, S. 91–120.

⁶⁵ Reinhard Müller, »Doppelpass macht doppelt Spaß?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.1.2014, S. 8.

⁶⁶ Kerstin Rosenow-Williams, »DITIB und IGMG als grenzüberschreitende islamische Akteure – ein Vergleich«, Vortrag auf der Tagung »Bosnisch, türkisch, deutsch oder? Wege zu einem europäischen Islam?«, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 15.11.–16.11.2013, Stuttgart-Hohenheim 2013.

⁶⁷ Hierzu wurden Gespräche geführt mit Vorsitzenden und Vertretern der Alevitischen Gemeinde Deutschland (AABF), der Föderation demokratischer Arbeitervereine (DİİF), der Islamischen Gemeinde Milli Görüş (IGMG), der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) und der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM, siehe Übersicht, S. 22)). Diese Verbände spiegeln in etwa die politischen, religiösen und ethnischen Trennungslinien innerhalb der türkeistämmigen Diasporagemeinschaft in Deutschland wider und haben Rückhalt unter den Türkeistämmigen in Deutschland.

Übersicht

Daten zu den Dachverbänden und Interviewpartnern

Verbände	Interviewpartner / Funktion	Ausrichtung, Ziele, Positionen
AABF	Yılmaz Kahraman (Bildungsbeauftragter, im Vorstand)	Religionsgemeinschaft nach Art. 7 Abs. 3 GG, mit kultureller Ausrichtung Mitglied der Dachorganisation Europäische Union der alevitischen Gemeinden (AABK) Vertretung der Aleviten in der Deutschen Islam-Konferenz (DIK) und beim Integrationsgipfel Revitalisierung des Alevitentums, Verschriftlichung und Veröffentlichung der »alevitischen Lehre« Interreligiöser Dialog und Politikberatung Steht für Integration, demokratische Werte und Säkularismus
DİDF	Özlem Alev Demirel (Co-Vorsitzende)	Politische Organisation, links-sozialistisch: Orientierung am »Klassenkampf- konzept«, an der »internationalen Solidarität der Werktätigen« und am Antiimperialismus Mobilisierung der Arbeiter und Jugendlichen gegen Diskriminierung und soziale Ungerechtigkeit Ansatz, Integration sei eine genuin »soziale Frage« Religionskritische Haltung
IGMG	Oğuz Üçüncü (zum Zeitpunkt des Interviews General- sekretär)	Religionsgemeinschaft, »die das religiöse Leben der Muslime umfassend« und »sämtliche Angelegenheiten von Muslimen« organisiert Verbesserung der Lebensverhältnisse der Muslime und Schutz ihrer Grundrechte Beteiligung an gesellschaftlichen Diskursen, die der Lösung der wirtschaft- lichen, politischen und sozialen Probleme der Gesellschaft dienen
TGD	Kenan Kolat (zum Zeitpunkt des Interviews Vorsitzender)	Pluralistische und »weltanschaulich neutrale« Interessenvertretung mit einer säkularen Ausrichtung »Wahrnehmung der Belange und Interessen der Deutschland-Türken in der Öffentlichkeit und gegenüber staatlichen Institutionen« Gleichbehandlung von Migranten in Deutschland Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung Forderung nach Anerkennung von Minderheiten als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft Integration unter »Wahrung der kulturellen Identität« Appell an Migranten, sich »mit Deutschland als neuer Heimat« zu identifizieren
YEK-KOM	Yüksel Koç (Co-Vorsitzender)	Integration der Kurden »in die deutsche Gesellschaft unter Bewahrung der eigenen Identität«, Förderung der kulturellen Identität, der religiösen und philosophischen »Werte des kurdischen Volkes« Durchsetzung der Prinzipien von Frieden und Freundschaft der Völker, Verwirklichung des »Friedens in Kurdistan« Einsatz »für die Einheit der kurdischen Gesellschaft und Aufbau von Kontakten »zu demokratischen Institutionen in der Türkei«

AABF = Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu (Alevitische Gemeinde Deutschland); **DİDF** = Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu (Föderation demokratischer Arbeitervereine); **IGMG** = İslam Toplumu Millî Görüş (Islamische Gemeinde Millî Görüş);
TGD = Türkische Gemeinde in Deutschland; **YEK-KOM** = Yekitiya Komalên Kurd Li Elmanya/Almanya Kürt Dernekleri Federasyonu (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland)

Konvergenzen und Schnittmengen

Trotz dieses Befunds gibt es Schnittmengen zwischen den Inhalten und Zielen der türkischen Diasporapolitik und denen der größten Dachverbände.⁶⁸ Diese Konvergenzen betreffen vor allem drei Punkte:

1. in der Frage der Erhaltung und Intensivierung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bindungen der türkischen Migrantengemeinschaft zur Türkei: Ein Großteil der Türkeistämmigen unterhält enge und sehr vitale Beziehungen mit dem Herkunftsland, auf die sie nicht verzichten wollen. Diese transnationalen Orientierungen und Verbindungen werden auch von den Führungen der Dachverbände, die zu dieser Frage interviewt wurden, nicht in Frage gestellt, in vielen Fällen sogar explizit begrüßt. Von den türkeistämmigen Organisationen wird Transnationalität als Strategie eingesetzt, um ihre institutionelle und politische Effizienz sowie ihre Legitimität zu steigern. Denn grenzüberschreitende Strukturen erweitern in der Tat den Zugang zu Ressourcen, etwa durch Diversifizierung von Einnahmequellen und Unterstützern.

2. in der Frage der Bewahrung der kulturellen Identität: Die befragten Dachverbände befürworten die Integration der Türkeistämmigen in die Gesellschaft der Bundesrepublik, treten aber gleichzeitig für die Erhaltung der kulturellen Besonderheit der Diaspora-Community ein. Nahezu alle Verbände haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Herkunftslandbezug zu stärken, die Herkunftskultur und -sprache zu pflegen und zum Teil auch die im Herkunftsland geltenden Werte zu konservieren. Diese Ziele widersprechen den Integrationserwartungen der Bundesregierung, die auf De-Transnationalisierung, das heißt auf eine Abnabelung vom Herkunftsland gerichtet sind.

3. in der Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei: Außer der Föderation demokratischer Arbeitervereine (DİİF) befürworten alle Dachverbände – wenn auch aus verschiedensten Motiven und Überlegungen – den EU-Beitritt. Bei diesem Punkt gibt es eine vollständige Konvergenz zwischen den Erwartungen der Türkei und nahezu allen Organisationen der Türkeistämmigen in Deutschland.

Die säkular orientierte Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD), deren Mitglieder mehrheitlich der

CHP zugeneigt sind und der AKP kritisch gegenüberstehen, teilt beispielsweise mit der türkischen Regierung mindestens drei Ziele: Die Öffnung weiterer Kapitel in den EU-Beitrittsverhandlungen, die Abschaffung der Optionspflicht bzw. Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft durch die Bundesregierung und die Ablehnung der Assimilation als Ziel der Integration.⁶⁹ Kenan Kolat, zum Zeitpunkt des Interviews Vorsitzender der TGD, bringt die transnationale Haltung seines Verbands mit folgenden Worten zum Ausdruck: »Unsere Hardware ist türkisch, unsere Software deutsch. Wir sind bikulturelle Menschen und wollen, dass Deutsch-Türken sich in beiden Kulturen sicher fühlen und beide und weitere Sprachen gut sprechen. Wir sind Europäer mit einer besonderen Neigung zur Türkei, möchten aber zugleich die Interessen dieses Landes vertreten«.⁷⁰ Yılmaz Kahraman, der Bildungsbeauftragte der Alevitischen Gemeinde Deutschland (AABF), unterstreicht ebenfalls die Bedeutung der »Kultur der Türkei«, wobei er in erster Linie an Musik, Literatur und Esskultur denkt. Eine »emotionale Herkunftslandorientierung« und kritiklose »Bindung« an die Türkei lehnt er jedoch ab, weil diese mit Intoleranz gegenüber den Minderheiten in der Türkei einhergehen würden. Die Pflege der Verbundenheit mit Anatolien, dem »Ursprungsland des Alevitentums«, und der Herkunftssprache hält er jedoch für wichtig. Die doppelte Staatsbürgerschaft lehnt er mit der Begründung ab, dass man »sich für ein Land entscheiden« müsse. Warum sollten Türkeistämmige ein Privileg besitzen, das Deutsche nicht haben.

Oğuz Üçüncü, zum Zeitpunkt des Interviews Generalsekretär der Islamischen Gemeinde Milli Görüş (IGMG)⁷¹ betont ebenfalls die Wichtigkeit, die Bindungen mit dem Herkunftsland Türkei, die türkische

⁶⁹ Ute Rasche, »Türken-Sprecher«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.2.2014, S. 8.

⁷⁰ Gespräch mit Kenan Kolat, dem Vorsitzenden der TGD, am 13.9.2013 in Berlin-Kreuzberg.

⁷¹ IGMG ist eine der umstrittensten Gemeinden des türkischen Islams in Deutschland. In Verfassungsberichten wurde stets das Bild einer straff organisierten Gemeinde gezeichnet, deren Nahziel die Errichtung eines Gottesstaates in der Türkei und deren Fernziel die »islamische Weltherrschaft« sei. Für die Zwischenzeit werde die Etablierung »parallelgesellschaftlicher Strukturen« angestrebt. Für den Migrationsforscher und Milli-Görüş-Experten Werner Schiffauer hingegen ist die IGMG eine transnationale religiöse Gemeinde von Arbeiter-Migranten mit einer komplexen Beziehung zu Deutschland und der Türkei, siehe Schiffauer, »Die Islamische Gemeinde Milli Görüş« [wie Fn. 51], S. 67.

⁶⁸ Die folgenden Ausführungen zu den Positionen der Dachverbände sind – wenn nicht anders angemerkt – den Interviews entnommen, die mit ihren Vorsitzenden bzw. Vertretern geführt worden sind.

Sprache und die kulturelle Identität zu bewahren. Der Schwerpunkt der Arbeit der IGMG liege in Deutschland; dementsprechend kritisiert Üçüncü die Polarisierung und Spaltung der Türkeistämmigen entlang politischer und sozialer Konfliktlinien in der Türkei. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Gezi-Park-Proteste in der Türkei im Sommer 2013, die auch unter in Deutschland lebenden türkischen Einwanderern und ihren Nachkommen kräftige Wellen geschlagen haben. Die DİDF dagegen betrachtet die Integration von Türkeistämmigen in erster Linie unter soziopolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten und stellt die gesellschaftliche und politische Teilhabe in den Mittelpunkt. Özlem Alev Demirel, Co-Vorsitzende der DİDF, relativiert die Bedeutung der Erhaltung der kulturellen Identität. Der Prozess der Integration im Sinne eines Zusammenschmelzens und einer Abnahme der Bindungen zum Herkunftsland und zur Herkunftskultur sei natürlich und folgerichtig. Viel wichtiger als die doppelte Staatsbürgerschaft sei das Wahlrecht oder die Erleichterung von Einbürgerungen.

Yüksel Koç, Co-Vorsitzender der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM), kritisiert, dass die Kurden in Deutschland stets unter die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaften ihrer jeweiligen Herkunftsländer subsumiert würden. Die türkische Regierung unterstütze die Forderung nach der doppelten Staatsbürgerschaft, um die Türkeistämmigen zu kontrollieren. YEK-KOM dagegen halte die doppelte Staatsbürgerschaft nicht für ein unabdingbares Instrument der Integration. Die Entscheidung müsse dem Individuum überlassen werden. Yüksel Koç ist jedoch für die EU-Mitgliedschaft der Türkei, weil die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien seiner Ansicht nach viele Probleme im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte in der Türkei lösen wird. Während der türkische Staat den Beitritt zur EU aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus erstrebe, gehe es kurdischen Vereinen in dieser Frage vielmehr um eine Erhöhung des Lebens- und Demokratiestandards in der Türkei.

Diasporapolitik als Konfliktstoff

In der Haltung der Verbände gegenüber der Diasporapolitik Ankaras lassen sich drei Positionen unterscheiden: Die IGMG nimmt eine kritische Position ein, während die DİDF, YEK-KOM und die AABF die Relevanz einer Diasporapolitik verneinen. Die TGD stellt die

gegenwärtige Diasporapolitik in Frage, lehnt sie aber nicht grundsätzlich ab. Ihre Position und die der IGMG unterscheiden sich von der der DİDF und der AABF dadurch, dass Erstere prinzipiell für eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen der Türkei offen sind.

Oğuz Üçüncü (IGMG) hält nicht viel von einer einseitigen Diasporapolitik und kritisiert, dass die Türkei versuche, die Türkeistämmigen »in einem bestimmten Format zu sehen«. Eine strikte Distanzierung hält er jedoch für problematisch. Er lehnt eine Zusammenarbeit mit der Türkei bzw. das Engagement der türkischen Regierung nicht kategorisch ab: »Es gibt nach wie vor Dinge [in der Türkei, Y.A.], die mich betreffen, auf die ich Einfluss nehmen möchte«. Die türkische Regierung dürfe jedoch ihre »Diasporapolitik« nicht gegen die jeweiligen Gastländer, sondern müsse sie im Einvernehmen mit ihnen betreiben. Die Türkei dürfe keine Partikularinteressen forcieren und müsse sich davor hüten, in den Türkeistämmigen eine »Verhandlungsmasse zu sehen«. Oğuz Üçüncü bewertet die Gründung des YTB, in dessen Beratungsgremium er ist, als »grundsätzlich positiv«, weil damit eine »Bündelung von Wissen und Sachverstand« stattgefunden habe. Gleichzeitig rügt er jedoch Einmischungsversuche des YTB bzw. des zuständigen Staatsministers, zum Beispiel im Fall der türkischen Pflegekinder. Statements türkischer Politiker wie etwa »Wir werden unsere Kinder nicht den Christen überlassen« seien »völlig unpassend«. Man müsse den Eindruck vermeiden, die »fünfte Kolonne« der Türkei zu sein.

Kenan Kolat (TGD) positioniert sich zurückhaltend gegenüber einer aktiven Diasporapolitik der Türkei und kritisiert den Mangel an Transparenz. Man wisse nicht, was es eigentlich genau mit der türkischen Diasporapolitik auf sich habe. Es gebe weder ein Positionspapier dazu, noch sei eine kohärente Strategie hinter den staatlichen Handlungen erkennbar. Die aktuelle »Diasporapolitik« der Türkei sei eine Symbolpolitik ohne nennenswerten Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Türkeistämmigen in Deutschland. Die Unterbringung türkischer Kinder bei deutschen Pflegeeltern als »Christianisierung« oder »Assimilierung« anzuprangern, sei ein Beispiel für die innenpolitische Instrumentalisierung der Diaspora⁷².

⁷² Carsten Hoffmann, »Türkische Pflegekinder: ›Assimiliert und entfremdet‹«, *T-Online*, 21.2.2013, <www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id_62260722/tuerkische-pflegekinder-assimiliert-und-entfremdet-.html> (Zugriff am 21.8.2014). Anfang 2013 nahmen die türkische Regierung und das Parlament die Situation türkischer Pflegekinder in

Dass der türkische Staat versuche, seine Beziehungen zu den Türkeistämmigen im Ausland zu intensivieren und diese für eine Lobbyarbeit zu motivieren, sei verständlich. Die TGD sei jedoch »an einer konstruktiven Zusammenarbeit« zwischen Deutschland und der Türkei interessiert: »Wir brauchen keine Diasporapolitik, sondern eine Politik der Gleichstellung in Deutschland«. Sinnvoller als Diasporapolitik und Lobbyismus sei die Einrichtung eines »deutsch-türkischen Konsultationsrats«, der Probleme auf der Regierungsebene anspricht.

Die DİDF nimmt eine radikal kritische Haltung gegenüber Staat und Regierung der Türkei ein und lehnt folglich auch die türkische Diasporapolitik rundweg ab. Gegenüber der Wochenzeitung *Yeni Hayat* erklärte das DİDF-Vorstandsmitglied Hasan Kamalak, die entsprechenden Regierungsaktivitäten seien Teil der Vorbereitung auf die bevorstehenden Wahlen. Die AKP-Regierung habe die Probleme der Türkeistämmigen nicht gelöst, sondern verschlechtert. Mit ihrer Diasporapolitik komme sie letztendlich nur Forderungen der »Kapitalisten« nach. Bei dem Treffen der Regierung mit Migrantenorganisationen sei es nicht um eine Beratung über die Belange der Türkeistämmigen gegangen, sondern um die Interessen der AKP-Klientel, der ihr nahestehenden Organisationen und der »Reichen«. ⁷³ Die Co-Vorsitzende der DİDF, Özlem Alev Demirel, lehnt jede Einmischung der Türkei in die »Angelegenheiten der Türkeistämmigen« ab und sieht in der Diasporapolitik den Versuch einer Instrumentalisierung der im Ausland lebenden türkischen Staatsbürger und ihrer Nachkommen.

Vertreter der AABF haben 2012 laut *Yeni Hayat* ebenfalls an dem Treffen des YTB mit türkeistämmigen Migrantenorganisationen aus Deutschland teilgenommen. Von den folgenden Zusammenkünften seien sie jedoch mit der Begründung, dass es kein Mitspracherecht gebe, ferngeblieben. Die Konferenzen seien, so der damalige Generalsekretär Ali Doğan, ein Ausdruck der »Instrumentalisierung« der Türkeistämmigen durch die offizielle türkische Politik. ⁷⁴ Das AABF-Vor-

standsmitglied Yılmaz Kahraman unterstellt dem YTB und der türkischen Diasporapolitik ebenfalls eine Vereinnahmungsabsicht. Es bestehe zudem die Gefahr, dass sich der in der Türkei herrschende unkritische Umgang mit den Schattenseiten türkischer Geschichte nach Deutschland übertrage. ⁷⁵

Yüksel Koç von der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) urteilt ebenfalls negativ über die Außen- und Diasporapolitik der Türkei, denen er »antikurdische« Tendenzen unterstellt. Es gehe darum, die kurdischen Organisationen in Deutschland zu diskreditieren und die deutsche Öffentlichkeit und die hier lebenden Türkeistämmigen zu manipulieren. Die Diasporapolitik Ankaras sei daher weder im Sinne der Türkei noch der Adressaten. Mit regelmäßigen Diasporatreffen in Ankara wolle die Türkei türkeistämmige Institutionen vereinnahmen und sie in die AKP-Politik einspannen, was sich unter anderem in der Nichteinladung kritischer Verbände zeige.

Für die Vorbehalte und Distanziertheit der meisten türkeistämmigen Dachverbände gegenüber der aktuellen Diasporapolitik Ankaras gibt es drei maßgebliche Gründe: 1. Interessenkonflikte wie etwa im Falle kurdischer Organisationen, denen in erster Linie daran gelegen ist, die türkische Regierung zu einer weiteren Demokratisierung bzw. zur Gewährung von mehr Rechten für die kurdische Bevölkerung in der Türkei zu bewegen; 2. die Furcht vor einer stärkeren Kontrolle und Vereinnahmung der Türkeistämmigen durch die türkische Regierung, was insbesondere auf alevitische, kurdische und oppositionelle Vereine zutrifft, und 3. der Wunsch, eine institutionelle Autonomie zu bewahren, die die Verbände durch eine aktive Diasporapolitik in Gefahr wähen.

Staaten der Europäischen Union in den Blick und beklagten, dass Tausende Kinder ihren »Eltern weggenommen und an christliche Familien gegeben worden« seien. Der Vorfall sorgte für Verstimmungen zwischen Deutschland und der Türkei. ⁷³ »Der AKP-Traum von einer Diaspora« (türkisch), in: *Yeni Hayat*, 28.6.2012, <www.yenihayat.de/haber/akpnin-diasporahayali> (Zugriff am 10.10.2013).

⁷⁴ Siehe auch »Die türkische Diaspora versammelt sich in Istanbul« (türkisch), in: *Net Tavrı*, 18.11.2011, <www.nettavir.com/?islem=haberoku&id=3600> (Zugriff am 27.2.2014).

⁷⁵ Zwischen der AABF und sunnitischen Organisationen gibt es »[a]ußerhalb migrationspolitischer Zielsetzungen kaum Berührungspunkte«. Die AABF betreibt keine Moscheen und bietet keine Korankurse an, sondern unterhält Kulturstätten, die als Cemevi (Cem-Haus) bekannt sind und in denen das alevitische religiöse Ritual (Cem) vollzogen wird. Neben einer Frauen- und Jugendorganisation hat die AABF eigens für Aleviten einen Bestattungsfonds eingerichtet, auf den zur Überführung und Bestattung von Aleviten in der Türkei zurückgegriffen werden kann, Şevket Küçük Hüseyin, *Türkische Politische Organisationen in Deutschland*, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2002, S. 30 (Zukunftsforum Politik Nr. 45).

Beschränkte Zugriffsmöglichkeiten der türkischen Regierung

Trotz einiger Konvergenzen zwischen den Interessen der Migrantenorganisationen und den Zielen der türkischen Diasporapolitik ist die türkeistämmige Gemeinschaft in Deutschland durch politische und soziale Fragmentierungen gekennzeichnet. Mit-einander konkurrierende Identitäten und widerstrebende Loyalitäten setzen den Zugriffs- und Lenkungsmöglichkeiten der türkischen Regierung Grenzen.⁷⁶

Weil sie in der Vergangenheit selbst Zielscheibe einer Mobilisierung konservativ-rechter Kräfte waren, stehen nicht nur linksradikale, sondern auch linksliberale Gruppierungen einer aktiven Diasporapolitik ablehnend, mindestens aber skeptisch gegenüber. Durch ihre Haltung bleiben die entsprechenden Verbände außerhalb der Reichweite, der Zugriffs- und Mobilisierungsmöglichkeiten der türkischen Regierung und kommen nicht einmal für eine Zusammenarbeit in Frage. Säkular-liberale und linke Organisationen lehnen die Diasporapolitik und eine Kooperation mit der AKP-Regierung wegen des islamischen Hintergrunds und antidemokratischer Tendenzen der türkischen Führung ab. Wenngleich diese weiterhin versucht, Einfluss auf die Türkeistämmigen und ihre Verbände in Deutschland auszuüben, verliert sie aufgrund von soziokulturellen Binnendifferenzen und politischen Fragmentierungen der Diaspora immer mehr an Kontroll- und Steuerungskapazitäten. Eingedenk der konservativen Rhetorik der Träger der türkischen Diasporapolitik sind deren Möglichkeiten, Aleviten, Kurden, säkulare Türkeistämmige und die christlichen Minderheiten anzusprechen, sehr begrenzt.

Die Aussicht, die Migrantengemeinschaft gegen »staatsfeindliche« Aktivitäten in Stellung zu bringen, scheint aufgrund politischer Differenzen auch unter den Türkeistämmigen mit ethnisch-türkischem und sunnitischem Hintergrund nicht vielversprechend zu sein. Zu der Kundgebung »Respekt für Demokratie«, zu der die AKP-nahe Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) im Juli 2013 in Düsseldorf aufgerufen hatte, um die Regierung während der Gezi-Park-Proteste zu unterstützen, kamen laut Polizeiangaben 25 000 Menschen aus Deutschland und den Nachbarstaaten. Die relativ schwache Beteiligung und die Nichtbeteiligung der IGMG an der Kundgebung, obwohl diese mit der türkischen Regierungspartei AKP

in derselben Tradition steht bzw. demselben Milieu entstammt, deutet nicht auf eine starke »Mobilisierungskraft« der AKP-Regierung in der Diaspora.

Ein Beleg für diese begrenzte Mobilisierungsfähigkeit der AKP-Regierung ist auch die schwache Beteiligung der Auslandstürken bei den Präsidentschaftswahlen am 10. August 2014. Von den 2,8 Millionen Wahlberechtigten gingen nur etwas mehr als eine halbe Million zur Wahl; 230 938 wählten im Ausland in speziell eingerichteten Wahllokalen, 295 621 gaben bei Zollämtern und Flughäfen ihre Stimme ab. Gemessen am Ziel, in der Diaspora mindestens eine Millionen Stimmen für Erdoğan einzusammeln, blieb das Ergebnis mit nur 143 873 gültigen Voten zugunsten des Ministerpräsidenten weit unter den Erwartungen der AKP. In Deutschland war die Wahlbeteiligung mit nur 8,1 Prozent ebenfalls gering. Auf Erdoğan entfielen circa 76 000, auf seine Kontrahenten Ekmeleddin İhsanoğlu und Selahattin Demirtaş rund 26 000 bzw. 8000 Stimmen. Damit ist freilich nicht gesagt, dass sich hier eine Abnabelung der Türkeistämmigen in Deutschland von der Türkei bzw. eine Schwächung ihrer transnationalen Bindungen zur Türkei abzeichnen würde. Doch die geringe Wahlbeteiligung bezeugt unmissverständlich, wie begrenzt die Zugriffsmöglichkeiten und die Wirkung der türkischen Regierung, der von ihr initiierten neuen Diasporapolitik und der Opposition in Ankara sind.

Die Erkenntnis, dass Diasporagemeinschaften von außen nicht beliebig lenkbar sind, beruht im Falle der türkeistämmigen Diaspora auf drei Faktoren: *Erstens* sind da die alternativen politischen, religiösen und ethnischen Orientierungen, die sich den Vorgaben der offiziellen türkischen nationalen Kultur entziehen. *Zweitens* haben die Migrantenorganisationen eine Entwicklung von herkunftsorientierten zu ziellandorientierten Zielsetzungen durchlaufen⁷⁷ und wollen auf die dabei erworbene Autonomie gegenüber der Türkei nicht verzichten. Und *drittens* schließlich haben vor allem alevitische und kurdische Migrantenorganisationen eigene Interessen, die sich von denen des Herkunftslands unterscheiden bzw. diesen zuwiderlaufen. Die Aleviten freuen sich in Deutschland über einen offiziellen Status, der ihnen in der Türkei verwehrt bleibt: Das Alevitentum ist offiziell anerkannt, in einigen Bundesländern wird an öffentlichen Schulen sogar alevitischer Religionsunterricht angeboten und die Aleviten können sich in einem demokratischen

⁷⁶ Akçay/Alimukhamedov, »Revaluating Contemporary Diaspora« [wie Fn. 56], S. 112.

⁷⁷ Für eine ausführliche Diskussion siehe Argun, *Turkey in Germany* [wie Fn. 13].

Umfeld politisch artikulieren. In Anbetracht ihres Kampfes für eine weitere Demokratisierung, Säkularisierung und Anerkennung des Alevitentums in der Türkei ist eine Zusammenarbeit alevitischer Verbände in Deutschland mit der AKP-Regierung im Rahmen einer Diasporapolitik unwahrscheinlich, zumindest unter den gegebenen politischen Umständen. Kurdischen Organisationen wiederum geht es in erster Linie darum, auf die Situation der Kurden in der Türkei und die Beschneidung ihrer Rechte dort aufmerksam zu machen. Solange in der Türkei das Kurdenproblem ungelöst bleibt, die PKK nicht ihre Waffen niedergelegt hat und es keine politische Einigung über eine kollektive Identität gibt, die auch Kurden einbezieht, wird es zu einer Kooperation in Deutschland nicht kommen. Auch bei anderen Dachverbänden wird die Zugriffsmöglichkeit der türkischen Regierung begrenzt bleiben.⁷⁸

Neue Akteure in der türkeistämmigen Diaspora: UETD und CHP

Die Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) gilt als Lobbyverein der türkischen Regierungspartei AKP, auch wenn dies von Vertretern dieser Organisation bestritten wird. Der aktuelle Vorsitzende Süleyman Çelik betont, dass die UETD keine »organischen Verbindungen« zur AKP habe, lediglich gute Beziehungen zu Regierungskreisen unterhalte und dadurch eine wichtige »Übertragungsfunktion« erfülle. In den deutschen Medien wird der UETD eine »Camouflage« ihrer wahren Absichten und die Instrumentalisierung der Migranten unterstellt.⁷⁹ Ihre Bedeutung für die

AKP-Regierung ergibt sich aus den beschriebenen limitierten Zugriffsmöglichkeiten auf die türkeistämmigen Dachorganisationen. Die UETD hat vor türkischen Wahlen um Stimmen für die AKP geworben und die umstrittenen Auftritte des türkischen Premiers Erdoğan in Köln im Jahr 2008, in Düsseldorf im Jahr 2011 sowie zuletzt im Berliner Tempodrom und in der Kölner Lanxess-Arena im Februar bzw. Mai 2014 organisiert. Nach Darstellung Çeliks wurde die UETD 2004 von »Türkeistämmigen aus verschiedenen Berufen« mit dem Ziel gegründet, »den sozialen und politischen Status der Türken in Deutschland zu verbessern«. Die UETD erstrebt die politische Partizipation der Türkeistämmigen als ersten Schritt, dem der zweite der kulturellen Partizipation folgen werde. Im Sommer 2013 hat sie eine Kundgebung mit dem Motto »Respekt vor der Demokratie« in Düsseldorf arrangiert, um Erdoğan gegen die landesweite Demonstrationsschneise in der Türkei zu unterstützen.

Die Republikanische Volkspartei (CHP) hat sich ebenfalls zum Ziel gesetzt, sich unter den Türkeistämmigen in Europa zu organisieren. Der Parteivize Gürsel Tekin bestätigte dieses Vorhaben in einem Interview und erläuterte die Erwartungen, die die CHP damit verknüpft: »Wir werden die Probleme von Türkeistämmigen direkt mitbekommen, die europäische Politik genau verfolgen und unsere Beziehungen zu sozialdemokratischen Parteien in Europa intensivieren.«⁸⁰ Für viele deutsche Politiker dient eine solche Strategie indes nicht der Integration und politischen Partizipation der Türkeistämmigen. Ein Hamburger Lokalpolitiker äußerte diesbezüglich seine Bedenken und auch ein Bundestagsabgeordneter brachte in einem Interview seine Vorbehalte gegenüber den Organisierungsbemühungen der CHP zum Ausdruck. Gürsel Tekin räumte ein, dass es zu Missverständnissen kommen könnte, allerdings wären diese leicht zu überwinden. Inwieweit sich die UETD und CHP als Diasporavereinigungen durchsetzen werden und inwieweit sich die CHP als Gegenspielerin der UETD etablieren wird, bleibt abzuwarten.

⁷⁸ Versuche der türkischen Regierung, auf die politischen Organisationen der bulgarischen Türken zuzugreifen, blieben ebenfalls ergebnislos. Trotz einer Wahlempfehlung kam die von der türkischen Regierung unterstützte Partei für »Freiheit und Würde«, die sich an die türkischstämmigen Wähler in Bulgarien richtet, bei den Parlamentswahlen im Mai 2013 nur auf 1,6 Prozent, während die etablierte »Bewegung für Rechte und Freiheiten« 11,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Dies Ergebnis widerlegt nach Ansicht des FAZ-Autors Michael Martens »den in nationalistischen Kreisen Bulgariens oft erhobenen Vorwurf, die bulgarischen Türken seien die fünfte Kolonne Ankaras«, eine Schlussfolgerung, die auch für die türkische Diaspora in Deutschland und die türkische Diasporapolitik gelten dürfte, Michael Martens, »Kolonie fünf antwortet nicht«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.5.2013, S. 6.

⁷⁹ Vgl. hierzu exemplarisch Pascal Beucker, »Instrumentalisierte Migranten«, in: *taz*, 7.7.2013, <www.taz.de/Pro-Erdogan-Demo-/!119445/> (Zugriff am 4.2.2014).

⁸⁰ Interview des Verf. mit Tekin am 23.3.2013 in Hamburg.

Schlussfolgerungen und Implikationen für deutsche Entscheidungsträger

Die Diasporapolitik der Türkei ist das Ergebnis des zunehmenden Interesses der türkischen Regierung an den Türkeistämmen im Ausland. Die Ursachen für die neue diasporapolitische Strategie wiederum liegen weniger in der ideologischen Ausrichtung der AKP-Regierung als vielmehr in den neuen globalen Gegebenheiten, die für die Türkei das Erfordernis mit sich bringen, sich in den internationalen Beziehungen neu zu positionieren und die wirtschaftlichen und politischen Potentiale der weltweit verstreuten Türkeistämmen für das Land nutzbar zu machen. Die türkeistämmige Diaspora in Deutschland hat in den letzten Jahren zunehmend an politischem Gewicht gewonnen und verfügt über enorme ökonomische Entwicklungsperspektiven, die sich auch mit den wirtschaftspolitischen Interessen der türkischen Außenpolitik decken. Mit dem Ziel der neuen türkischen Diasporapolitik, die Verbände der Türkeistämmen im europäischen Ausland zu stärken und deren Handlungsfähigkeit zu erweitern, stellen sich eine Reihe von Herausforderungen für die deutsche Außenpolitik.

Eine Herausforderung besteht darin, dass aufgrund der transnationalen Verflechtungen zwischen Deutschland und der Türkei und den sich intensivierenden Kontakten der türkischen Regierung mit der türkeistämmigen Diaspora in Deutschland eine klare Trennung zwischen der deutschen Innen- und Außenpolitik kaum mehr möglich ist. Die Türkeipolitik der Bundesregierung ist zugleich eine innenpolitische Angelegenheit, die Integrationspolitik gegenüber den Türkeistämmen wiederum wird oft zum Gegenstand deutscher Außenpolitik. Dies zwingt die deutsche Regierung dazu, ihre Türkei- und ihre Integrationspolitik als einen Balanceakt zwischen innenpolitischen Rücksichten und außenpolitischen Interessen zu gestalten.

Allerdings ergeben sich daraus auch Chancen für die deutsche Integrationspolitik. Denn zentrales Ziel der Diasporapolitik Ankaras ist es, die Integration der Türkeistämmen zu fördern, um so ihre Handlungsfähigkeit und politischen Einflussmöglichkeiten zu stärken. So hat etwa der damalige türkische Premier Recep Tayyip Erdoğan bei seinen umstrittenen Deutschlandauftritten die Türkeistämmen mehrmals

aufgefordert, die Bildungschancen in Deutschland besser zu nutzen, sozial aufzusteigen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich politisch zu engagieren. All dies wiederum kann nur erreicht werden, wenn die Türkeistämmen sich moderne Verhaltensdispositionen und einen aufgeschlossenen Habitus aneignen. Insofern verhält sich die türkische Diasporapolitik – trotz ihrer Befürwortung einer konservativen Sozialmoral – komplementär zu der bundesdeutschen Integrationspolitik und zu den Integrationsbemühungen der Türkeistämmen. Allerdings birgt sie – eben aufgrund dieser konservativen Sozialmoral – die Gefahr, die kulturellen Fragmentierungen innerhalb der türkeistämmigen Diaspora in Deutschland weiter zu verfestigen. Diese Fragmentierungen wiederum setzen eventuellen Zugriffs- und Lenkungsversuchen der türkischen Regierung deutliche Grenzen. Die »neue« türkische Diasporapolitik und die diese begleitende Rhetorik ist nicht imstande, die türkeistämmige Diaspora in Deutschland in ihrer Vielfalt anzusprechen.

Deutsche Entscheidungsträger sollten erkennen, dass sich der Trend einer intensiveren politischen Hinwendung der Türkeistämmen zu Deutschland trotz des starken Interesses des türkischen Staates an einer stärkeren Anbindung der Deutsch-Türken an die Türkei fortsetzen wird. Ein wichtiger Anhaltspunkt dafür sind die artikulierten Interessen der Mitglieder der türkeistämmigen Dachverbänden und die ebenfalls expliziten Bestrebungen der Verbände, die hiesigen Ressourcenmöglichkeiten auszuschöpfen. Die Einbeziehung türkeistämmiger Dachverbände in den Kreis der Empfänger öffentlicher finanzieller Unterstützung wird die Diasporavereinigungen zur Rechenschaft über ihr Organisationshandeln zwingen, wodurch ihre Autonomie gegenüber dem Herkunftsstaat und der Assimilationsdruck sich verstärken werden. Die deutschen Entscheidungsträger sollten sich aber auch bewusst sein, dass die Türkeistämmen in Deutschland an ihren grenzüberschreitenden Verbindungen festhalten werden, und sie sollten die transnationale, sowohl auf das Herkunfts- als auch auf das Ankunftsland bezogene Ausrichtung dieser Menschen akzeptieren, die der gelebten Realität der meisten von ihnen in Deutschland eher entspricht.

Es ist auch notwendig, dass sich die Verantwortlichen in der Bundesrepublik von Konzepten verabschieden, in denen die Diaspora als »fünfte Kolonne« oder »exterritoriale Expansion« des Herkunftsstaats betrachtet wird und transnationale Verbindungen als Hindernis für die Integration gesehen werden. Diasporastrukturen und transnationale Verbindungen erfüllen wichtige Brücken- und Transmissionsfunktionen, die auch im Interesse des Gastlands sind. Ferner ist es aussichtslos, im Zeitalter weltumspannender Kommunikationstechnologien den Heimatslandbezug von Migranten zu unterbinden.

Abkürzungen

AABF	Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu (Alevitische Gemeinde Deutschland)
AABK	Avrupa Alevi Birlikleri Konfederasyonu (Europäische Union der alevitischen Gemeinden)
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)
AnaP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
DEİK	Dış Ekonomik İlişkiler Kurulu (Ausschuss für Außenwirtschaftsbeziehungen)
DİB	Diyanet İşleri Başkanlığı (Präsidium für Religionsangelegenheiten)
DİDF	Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu (Föderation demokratischer Arbeitervereine)
DIK	Deutsche Islam-Konferenz
DİTİB	Diyanet İşleri Türk İslam Birliği (Türkisch-Islamische Union des staatlichen Amtes für Religionsangelegenheiten)
DSP	Demokratik Sol Parti (Demokratische Linkspartei)
EU	Europäische Union
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
IGMG	İslam Toplumu Millî Görüş (Islamische Gemeinde Millî Görüş)
IKMB	İslam Kültür Merkezleri Birliği (Vereinigung Islamischer Kulturzentren Deutschland)
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt)
PKK	Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
TGD	Türkische Gemeinde in Deutschland
TİKA	Türk İşbirliği ve Koordinasyon Ajansı Başkanlığı (Türkisches Präsidium für internationale Kooperation und Koordination)
TOBB	Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği (Assoziation der Türkischen Börsen- und Handelskammern)
UETD	Avrupalı Türk Demokratlar Birliği (Union Europäisch-Türkischer Demokraten)

YEK-KOM	Yekitiya Komalên Kurd Li Elmanya/Almanya Kürt Dernekleri Federasyonu (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland)
YEKM	Yunus Emre Kültür Merkezi (Yunus-Emre-Kulturzentrum)
YEV	Yunus Emre Vakfı (Yunus-Emre-Stiftung)
YTB	Yurtdışı Türkler ve Akraba Topluluklar Başkanlığı (Amt für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften)

Weitere SWP-Literatur zum Thema

Yaşar Aydın

Kommunalwahlen als Referendum für Erdogan. Trotz des Wahlsiegs sitzt der türkische Premier nicht so fest im Sattel
SWP-Aktuell 24/2014, April 2014

Günter Seufert

Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen? Eine türkische Religionsgemeinde als nationaler und internationaler Akteur
SWP-Studie 23/2013, Dezember 2013

Dilek Kurban

Kein Fahrplan für den Frieden. Erdoğan's Demokratiepaket enttäuscht kurdische Erwartungen
SWP-Aktuell 71/2013, Dezember 2013